

Heinz Kleger

Toleranz der Demokratie

Potsdamer Toleranzedikt

Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft

Heinz Kleger

Toleranz der Demokratie

ISBN 978-3-00-027074-1

Heinz Kleger: Toleranz der Demokratie, Potsdam 2009.

1. Auflage

© medienlabor, 2009

Bestelladressen:

- medienlabor - Agentur für Kommunikation und Medienentwicklung KG,
Gutenbergstraße 62, 14467 Potsdam, E-Mail: kontakt@potsdamer-toleranzedikt.de
- Universität Potsdam, Professur für Politische Theorie, August-Bebel-Str. 89, 14482 Potsdam,
E-Mail: kleger@uni-potsdam.de

Preis 5,00 Euro

Inhalt

1. Toleranz und Entschiedenheit
2. Die Erfahrung der frühen Aufklärung
3. Demokratische Toleranz
4. Toleranz als Zumutung
5. Exkurs über Potsdamer Ereignisse
6. Demokratie als multiples Regelsystem
7. Demokratie ohne Wahrheits- und Machtmonopol
8. Demokratie- und Toleranzschwächen
9. Bündnisse stiften

Toleranz der Demokratie

Die Vorgabe, die mir mit dem Titel ‚Toleranz der Demokratie‘ gegeben worden ist¹, wäre auch in einem Semester nicht einzulösen. Denn wir sind noch weit entfernt davon, die Begriffs- und Ideengeschichte, geschweige denn die Realgeschichte der Demokratie erforscht, geschrieben und genügend reflektiert zu haben. Für die Toleranz trifft dies schon eher zu. Wenngleich auch hier die Ideengeschichte verästel ist und lange vor der Aufklärung beginnt, so wage ich doch guten Gewissens nach einem Jahr ‚Toleranzedikkt als Stadtgespräch‘ zu sagen, was Toleranz ist.² Sie ist *mehrdeutig* und umfasst *drei Schichten*, die einander bedingen:

1. Geduld,
2. Offenheit und
3. die Zivilisierung von Differenzen.

1. Toleranz und Entschiedenheit

Geduld ist für die Toleranz notwendig, wenn auch nicht hinreichend. Geduld ist notwendig beim Zuhören, der genauen Wahrnehmung, der langen Verfahrenswege, des zweiten und dritten Anlaufs. Dies gilt ebenso für das Alltagsleben wie vor allem für die demokratische Politik, die Regeln und Verfahren kennt und sich nicht auf Gesinnungsfreunde beschränken kann. Hier lässt sich unschwer die stoische Wurzel der Toleranz erkennen, die auf Toleranz im ursprünglichen lateinischen Wortsinne von ‚dulden‘ Bezug nimmt. Für Epiktet ist das Ertragenkönnen geradezu eine Regel der Lebenskunst, aus der Frieden hervorgeht³. Ungeduld kann der Demokratie gefährlich werden, während Provokationen meist nur einen kurzen Atem haben.

Offenheit ist ebenso wie Geduld keineswegs selbstverständlich. Die Öffnung der Welt gehört zu Aufklärungsprozessen, die es seit der Antike gibt, denken wir nur an die kosmopolitische Stoa oder an die Sophisten. Offenheit ist aufklärungsbedingt. Die große Öffnung in die weite Welt in der Aufklärungsepoche geht darüber noch hinaus⁴. Bei diesem aufklärungs-

¹ Text des geplanten Vortrags „Toleranz der Demokratie“ am 7. Dezember 2008 im Rahmen der Hochschulgottesdienste in der Potsdamer Friedenskirche.

² Vgl. Potsdamer Toleranzedikkt. Für eine offene und tolerante Stadt der Bürgerschaft, Potsdam 2008.

³ Vgl. Epiktet, Handbüchlein der Ethik, Stuttgart 2001.

⁴ Vgl. Ulrich Im Hof, Das Europa der Aufklärung, München 1995.

bedingten Toleranzdenken handelt es sich um eine „kontinentübergreifende Bewusstseinsweiterung, die eigene Positionen, auch religiöse, im Vergleich mit anderen in Frage stellt.“⁵ Die Aufklärung bleibt dabei keineswegs auf Europa zentriert. Voltaire zum Beispiel relativiert mit seiner Weltgeschichte, die mit China beginnt, erstmals die antik-christlichen Vorstellungen, bei denen die Geschichte jeweils mit Israel begann.⁶ *Aufklärung und Toleranz* bedingen sich – historisch wie systematisch. Dagegen bedingen sich *Weltoffenheit und Toleranz*, was zu einer zivilen Aufgeschlossenheit führt. Allerdings stellt sich sofort die Frage, wie sich Festgelegtsein und Aufgeschlossenheit zueinander verhalten. Wie kann man aufgeschlossen sein und trotzdem entschieden? Wann beginnt die Faszination für die leere Entschlossenheit als solche, die dann mit fragwürdigen Inhalten gefüllt werden kann? Wann beginnt die bequeme Unverbindlichkeit?

Toleranz setzt eine bewusste Selbstverortung voraus. Dies ist eine notwendige Bedingung für Toleranz, da die Kenntnis seiner Selbst erst die Grenzen zwischen Tolerierbarem und Nicht-Mehr-Tolerierbarem bestimmen lässt. Bevor es um den *Umgang* mit Differenzen geht, muss klargestellt werden, *wie* sich die Differenzen zwischen den Vergleichsobjekten darstellen und *wovon* die Umgangsart mit ihnen abhängt. Die Toleranz der Demokratie weiß nicht immer genau und von vornherein, wo die Grenze zwischen dem verläuft, was noch toleriert werden *muss*, und dem, was nicht mehr toleriert werden *darf*. Gewaltbereitschaft, der Einsatz von Gewalt, Drohungen und Einschüchterungen stellen indessen eine deutliche Grenze dar. Toleranz gegenüber modernen Nazis und Fremdenhass ist nicht akzeptabel, eine Auseinandersetzung mit deren Argumenten bleibt jedoch nötig. Der Begriff der Toleranz impliziert, dass Tolerierbares gleichbedeutend mit zu-Tolerierendem ist.

Mit dem dritten Definitionselement, der *Zivilisierung von tolerierbaren Differenzen*, sind wir inmitten der Demokratie – unserem eigentlichen Thema: ‚Toleranz der Demokratie‘. Damit ist auch gesagt, dass Toleranz nicht der Weg zu einer Welt ohne Gegensätze und Besonderheiten ist. Eine solche utopische Welt würde der Toleranz gar nicht bedürfen. Toleranz schließt Differenzen und Konflikte nicht aus, sondern ein. Sie ist ein Prinzip des Umgangs mit ihnen: nämlich ein Prinzip der Mäßigung und des Ausgleichs – und deshalb vielen zu wenig. Sie ist nicht der Weg zur endgültig harmonischen Welt ohne Widersprüche und Paradoxien, vielmehr gibt es sogar

⁵ Vgl. Karl S. Guthke, *Lessings Horizonte*, Göttingen 2003, S. 20.

⁶ Vgl. René Pomeau (Hg.), *Voltaire oeuvres historique*, Paris 1957.

ein Paradox der Toleranz: Die innere Spannung, dass Toleranz immer mit Gegensätzen und Besonderheiten zu tun hat, lässt sich nicht auflösen. Das Paradox besteht darin, dass Toleranz nicht zur Beliebigkeit abgleiten darf, man also Toleranz nicht mit Zustimmung verwechseln soll. Das Spannungsverhältnis zwischen dem Selbst und dem Anderen kann mithin nicht aufgelöst werden, es bleibt ein nicht auflösbares Ertragen von Differenzen. Das Paradox der Toleranz besteht auch darin, dass sich Toleranz und Intoleranz widersprechen und zugleich nicht widersprechen: Toleranz arbeitet im Streit gegen Intoleranz und kann insofern Intoleranz nur schwer ertragen. Toleranz verlangt deshalb stets auch Intoleranz gegenüber Intoleranz.

Toleranz ist nicht identitätslos. Auch und gerade für die Toleranz ist es unerlässlich, dass sie ihre Identität kennt und das Nicht-Tolerierbare klar benennen kann, was auch Ausgangspunkt der *Wiederkehr der Toleranz in Brandenburg* mit dem ‚Toleranten Brandenburg‘ (1998) war, nämlich seine verspätete, aber doch deutlich *polemische* Wendung *gegen* Fremdenhass und Gewalt. „Man kann die Entwicklung als Erscheinungen einer randständigen Subkultur interpretieren. Man darf aber nicht unterschätzen, dass die *Bereitschaft zum Bürgerkrieg* besteht. Gleichgültigkeit gegenüber der Gefahr vergrößert sie.“⁷ An dieser Stelle gerät die Integrationskraft der Toleranz einer Demokratie an ihre Grenzen: „Die *Unerreichbarkeit* der Gewalt Ausübenden durch Argumente und ihre grundsätzliche Demokratiefeindschaft machen sie zum Problem für die Gesellschaft, die Attraktivität ihres Auftretens innerhalb einer Spaßkultur kommt als weiteres Moment für Nachahmer dazu, die Unansprechbarkeit für ethische Gesichtspunkte wie Menschenwürde, Humanität, gewaltfreie Konfliktlösungen bedeuten *Unfähigkeit zum Dialog* und eröffnen wenig Perspektiven.“⁸ Es muss sich also beweisen, dass die Toleranz zwar weich und kommunikativ, aber nicht schwach und unpolitisch ist. Es gibt inzwischen Fragen, die keine Streitfragen mehr von Toleranz oder Intoleranz sind: Soll man tolerant sein gegenüber modernen Nazis? Gegenüber Rassisten? Wohlstandschauvinisten? Natürlich nicht, die Entwicklung der Menschenrechte und der Demokratie hat diese Fragen im Kampf gegen die Barbarei entschieden, womit die Geschichte allerdings nicht zu Ende ist und Rückschläge nicht ausgeschlossen werden können. Toleranz ist nicht identitätslos, sie kennt aufgrund ihrer klaren Selbstverortung neben der Offenheit auch den Bereich des Nicht-Tolerierbaren, um die Errungenschaften einer offenen, freien und demokratischen Gesellschaft zu verteidigen. Es sind Menschen mit einem

⁷ Vgl.: Auf dem Weg zum Bürgerkrieg? Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland, hrsg. von Wolfgang Benz, Frankfurt am Main 2001, S. 12.

⁸ A.a.O., S. 12.

bestimmten Selbstverständnis, das unabhängig von Schicht und Beruf ist, die dies tun. Sie versuchen Demokraten zu sein.

Das Nicht-Tolerierbare ist durch historische Erfahrungen und Lernprozesse bedingt. Diese *negativ* bestimmte Zivilreligion als Bürgerreligion – das, was auf keinen Fall sein darf und wofür es deshalb ein Erinnerungs*gebot* gibt – geht der liberalen Toleranz voraus. In der Entstehungszeit der aufklärungsbedingten Toleranz hieß der Gegner ‚Fanatismus‘. Voltaire nannte ihn eine Krankheit, deren Keime früh gelegt werden. Nicht zufällig bringt kein Wort den Fanatiker so in Rage wie Toleranz. In die Erinnerungsgeschichte der Demokratie ist eingeschrieben, dass es diesen Rückfall in den Fanatismus von welcher Seite auch immer nicht mehr geben darf. Die fanatische Einstellung wird deshalb von allen Seiten verabscheut, da sie die demokratische Kultur zerstört und ihren Auseinandersetzungsformen nicht entspricht.

Das Handlungskonzept ‚Tolerantes Brandenburg‘, dessen Auftaktveranstaltung 1998 in der Nikolaikirche stattfand, verbindet staatliche und nicht-staatliche Mittel. Es greift sowohl auf den starken Rechtsstaat als auch auf die Bürgergesellschaft zurück, welche aktiviert werden soll. Es verbindet Repression und Prävention bei der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Seit den 50er Jahren sind zahlreiche rechtsextremistische Organisationen in ganz Deutschland verboten worden. Nach dem Anschlag auf den Passauer Polizeidirektor Alois Mannichl wurde Ende 2008 bundesweit erneut ein Verbot der NPD diskutiert, welches 2003 aufgrund der V-Leute vor dem Verfassungsgericht gescheitert war.

Der Innenminister des Landes Brandenburg hat seit der Wende fünf rechtsextremistische Organisationen verboten. Die Verbotsbegründungen sind in der Regel nicht öffentlich einsehbar. Sie werden erst dann öffentlich, wenn die entsprechenden Organisationen gegen das Verbot klagen. In einem solchen Fall (die Klage wurde jeweils abschlägig beschieden), ist die Begründung seitens des Gerichts öffentlich und somit auch die Begründung des Verbots. Die Verbotsbegründung erfolgt meistens mit dem Argument „Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus“⁹. So betrieb zum Beispiel der „Schutzbund Deutschlands“ eine umfangreiche rechtsextremistische Propaganda, sowohl mit Flugblättern als auch über das Internet. Überregionale Aufmerksamkeit erlangte er durch ein Flugblatt, in dem der deutsche Fußballnationalspieler Gerald Asamoah rassistisch verunglimpft wurde. Die „Kameradschaft Oberhavel“ wurde ebenfalls verboten. Diese

⁹ Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg 2008.

vor allem von jungen Leuten betriebene Organisation versuchte, Angst und Furcht zu verbreiten, um systematisch Ausländer aus der Region zu vertreiben. Es herrschte alltägliche Gegenaufklärung insofern, als um solche Aktivitäten offenbar eine Schweigemauer aufgebaut werden konnte, wie selbst Innenminister Schönbohm – sichtlich entsetzt – erklären musste.

Im Unterschied zur ‚Toleranz von oben‘ im 17. und 18. Jahrhundert, die vom Herrscherhaus verordnet wurde, ist heute für politisch bedeutsames Handeln das oft *konfliktreiche Zusammenspiel* verschiedener gesellschaftlicher Kräfte wichtig. Nur so lassen sich die Handlungschancen bündeln, die in der Entwicklungsstrategie von gesellschaftlicher und politischer Toleranz liegen. Einerseits geht es um eine klare politische Positionierung von Regierungsseite, andererseits gilt es, die Initiativen von unten, die auf lokaler und regionaler Ebene gegen das Klima von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz vorgehen, zu unterstützen und zu verbreitern. Die positive Seite, die der Toleranz wieder den Boden bereiten soll, knüpft dabei an Traditionen gelungener Integration seit dem Edikt von Potsdam im Jahre 1685 an. Die Stein gewordenen Symbole dieser Tradition, von der Potsdam als Touristenstadt heute mehr denn je profitiert, stehen auch auf dem Titelbild des neuen Integrationskonzeptes der Stadt, das im Sommer 2008 nach langer Diskussion verabschiedet worden ist. Wie aber steht es um den Wagemut in der Gegenwart? Wie steht es um unsere Zeitgenossenschaft? Wer hat das Integrationskonzept überhaupt gelesen? Wurde es bisher von der Stadtgesellschaft mit dem neuen Toleranzedikt und der ‚Charta der Vielfalt‘ verknüpft? Stützen und vertiefen sie sich wechselseitig? Wir werden diese Fragen am Schluss noch einmal aufnehmen, wenn es darum geht, politische Aufklärung als den Versuch zu definieren, Bündnisse zu stiften (Kap. 9).

Neben und mit diesen Traditionen kommt bei den Initiatoren des Handlungskonzeptes ‚Tolerantes Brandenburg‘ die christlich motivierte Offenheit gegenüber den Fremden hinzu. Zu den Neugründern der Toleranz in diesem Sinne gehören nicht zufällig Pastor Wolfram Hülsemann, welcher die mobilen Beratungsteams aufgebaut hat, Almuth Berger, Pastorin und erste Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg, sowie Ministerpräsident Manfred Stolpe, der in der DDR für die evangelische Kirche tätig war. Stolpe ist es auch, der 1985 das Buch zur 300-Jahr-Feier des Edikts von Potsdam im Auftrag der evangelischen Kirche herausgegeben hat. Dort heißt es in der Einleitung: „Für Christen bedeutet Toleranz keine Relativierung ihres Glaubensinhaltes. Die Wahrheit Jesu Christi, seine Frohe Botschaft für alle Menschen, darf nicht gemindert oder gar verschwiegen werden. Sie muss sich mit Irrtümern auseinandersetzen und kann darum auf Wertungen und Beurteilungen nicht verzichten. Aber leben von der Botschaft

Jesu her heißt auch: ‚Richtet nicht, damit ihr nicht gerichtet werdet‘ (Matthäus 7, 1); und: ‚Liebt eure Feinde‘ (Matthäus 5, 44). Das verbietet das Verwerfen anderer Meinungen, die Behauptung eigener Unfehlbarkeit und daraus folgende Unduldsamkeit. Gott ist Liebe und will das Daseinsrecht für alle Geschöpfe. Eine starke Liebe geht von ihm aus, die alles erträgt und erduldet in Gewissheit zur Überwindung des Bösen; eine Liebe, die die Wahrheit ausspricht, doch auf Verfolgung und Zwang verzichtet. Toleranz, die aus dieser Liebe erwächst, wird zum Weg der Nächstenliebe. Diese Toleranz als liebende Zuwendung zum Menschen ist gelebter Glaube.“¹⁰ Die Religion ist lebenswichtig geblieben. Sowohl die Abschaffung der Religion als auch des Staates und der Politik haben sich als falsche und gefährliche politische Utopien erwiesen.

Die evangelische Landeskirche vergaß 1985 allerdings, die Französisch-Reformierte Gemeinde, die eine direkte Folge des historischen Edikts von Potsdam war, einzuladen, als der offizielle Festakt in der Nikolaikirche hochkirchlich und international zelebriert wurde. Die ehemalige hugenottische Flüchtlings-Gemeinde hatte deshalb Thesen für eine Disputation über „Das Wort Gottes und die Grenzen des Erträglichen“ vervielfältigt. Die Grenzen des Erträglichen waren damals in der DDR für viele erreicht. Ihre Geduld gegenüber einer selbsterklärten „Diktatur des Proletariats“¹¹ war erschöpft, nachdem selbst die Reformvorschläge vom 27. Parteitag der KPdSU vom März 1986 zurückgewiesen worden waren: Glasnost in Staat und Kirche durfte es nicht geben. Damit konnte eine notwendige Bedingung für Toleranz nicht mehr aufgebracht werden. Auf weitere sozialistische Experimente wollte sich die große Zahl der Menschen, das Volk im demokratischen Sinne, nicht mehr einlassen. Der ostdeutsche Historiker Zwahr spricht vom „Ende der Selbsterstörung“¹². Dabei wurde insbesondere der Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Stadt und der eigenen Selbsterstörung für viele Menschen unmittelbar erfahrbar – nicht nur in Leipzig, sondern auch in Potsdam, wo in den 90er Jahren nach der Wende die vielfältige Stadtgesellschaft wieder erwacht ist, welche die Toleranz wie die Luft zum Atmen braucht. Der Zusammenhang von Demokratie, in der man frei leben und politisch sein kann, und liberaler Toleranz wird damit für die meisten evident, ohne dass darüber große Diskurse geführt werden müssen. Das Gesicht der Stadt veränderte sich schnell und Vielen wurde dadurch erst bewusst, wie grau es vorher war.

¹⁰ Wege und Grenzen der Toleranz, Berlin 1987, S. 10f.; vgl. auch den Katalog zur Ausstellung vom 24. August bis 10. November 1985 im Neuen Palais in Potsdam.

¹¹ Lenin definiert Diktatur als „eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“ (Werke, Bd. 28, 1959, S. 234).

¹² Vgl. Helmut Zwahr, Ende einer Selbsterstörung, Göttingen 2003.

2. Die Erfahrung der frühen Aufklärung

Die Zivilisierung von Differenzen ist staats- und demokratiebedingt. Für die Entstehung der frühen Aufklärung wie für den Gewaltverzicht der Demokratie ist die Erfahrung mit den religiösen Bürgerkriegen, die am Anfang der politischen Neuzeit in Europa stand, nicht hoch genug zu veranschlagen. Dies war eine *dramatische* Erfahrung, da ausgerechnet diejenige Instanz, die Jahrhunderte lang einheitsstiftendes Moment war, die Religion, selber zum Hauptgrund eines unversöhnlichen Streites um die einigende Wahrheit wurde. Nicht zufällig nannte sich die Gruppe in den französischen Bürgerkriegen des 16. Jahrhunderts, aus der *Jean Bodin*¹³ stammt, welcher das neuzeitliche Konzept der *Souveränität* erfand, *„les politiques“*. Hier liegt eine Wurzel des neuzeitlichen Politikverständnisses. Die Politik der souveränen Gewalt des modernen Staates wurde zur Friedenslösung in diesen Konflikten. Und konsequent definierte Thomas Hobbes im 17. Jahrhundert den entstehenden zivilen Staat so, dass fortan die *Autorität* und nicht die *Wahrheit* das Gesetz macht: *Auctoritas, non veritas facit legem* – diese Hobbessche Formel steht am Anfang der Geschichte des modernen Staates, welcher den Bürgerkrieg verhindern sollte. Diese Formel bezieht sich im lateinischen Original allerdings auf den Unterschied von *Gesetzesgeltung* einerseits und *Geltung von Lehren* andererseits: *„Doctrinae quidem verae esse posse; sed auctoritas, non veritas facit legem.“*¹⁴ Es sind ausdrücklich bestimmte Lehren und deren Wahrheitsanspruch, die den zivilen Frieden bedrohen. Nach Hobbes origineller Theorie beginnt der Bürgerkrieg semantisch auf der intellektuellen Ebene im Streit um Worte und Lehren (*doctrinae*) sowie deren politische Konsequenzen.¹⁵ Gegen sie wird die unwiderstehliche Gewalt des Leviathans errichtet. Sie ist die neue Macht der Politik, die viel mit der Angst der Menschen zu tun hat. Der Tod ist der große Gleichmacher, und die universelle Todesfurcht ist der Affekt, der die Menschen erst vernünftig werden lässt, eine Friedensordnung über den künstlichen Staat als „sterblichen Gott“ einzurichten.

Aus dem Hobbeschen Herrschaftsvertrag geht hervor, dass der Souverän alle Macht auf sich vereinigt, wogegen die Untertanen mit Ausnahme des unaufgebbaren Rechts auf Selbsterhaltung kein genuines Recht mehr für sich beanspruchen können. Der Souverän allein entscheidet über Recht

¹³ Siehe Jean Bodin, *Über den Staat*, Stuttgart 1976.

¹⁴ Thomas Hobbes *Malmesburiensis Opera Quae Latine Scripsit* (ed. W. Molesworth). Vol III: *Leviathan, Sive De materia, forma, et potestate civitatis ecclesiasticae et civilis*, Amstelodami, 1670. Reprint of the Edition 1839-45, Aalen 1961, S. 132.

¹⁵ Thomas Hobbes, *Behemoth or the Long Parliament* (ed by F. Tönnies, with a new introduction by M. M. Goldsmith), London 1969 (2. Auflage).

und Unrecht. Alles, was der Souverän tut, muss von den Untertanen, solange sie sich nicht in ihrer physischen Integrität bedroht fühlen, akzeptiert werden. Das ist der Preis, den der Bürger als Untertan für den Schutz des Staates bezahlt. Seither bestimmt unser Verständnis von Staat (neben anderen Dimensionen) auch diese Dimension. Es gibt hier durchaus schon eine *Philosophie des Bürgers*, allerdings noch nicht die Philosophie einer demokratischen Bürgerschaft, bei der die Vertikale der Macht nicht mehr die Hauptrolle spielt. Als Bürger, *civis*, wird man im Leviathan-Staat gegen äußere Feinde verteidigt; der innere Friede ist insofern gesichert, als die Gefahr des Bürgerkrieges abgewendet wird; man in Ruhe sein privates Vermögen vermehren kann; und man schließlich Freiheit insoweit rechtfertigungsunbedürftig genießen kann, als dies mit der öffentlichen Ordnung, wie sie von Hobbes bestimmt wird, verträglich ist.¹⁶ Der Weg zu dieser angestrebten Friedensordnung führt über den (kontrafaktischen) Abschluss eines Vertrags, in dem sich die Menschen darauf einigen, ihre natürlichen Rechte gegenseitig auf eine durch Konsens eingesetzte, vertraglich nicht gebundene dritte Größe zu übertragen, die dann in ihrem Namen regieren soll. Nach unserem heutigen Verständnis – nach dem historischen Weg vom Leviathan zum liberalen Staat und zur selbstorganisierten Bürgergesellschaft – schließen sich jedoch Bürger-Freiheit und Leviathan-Staat als „ungeheure Vormundschaftsgewalt“ (Tocqueville) aus.

In Hobbes' Leviathan hat sich das Gemeinwohl in eine Sicherheitsgarantie verwandelt. Der Staat wird eine rationale Einrichtung und ein technisches Kunstwerk, nur so lässt sich Rechtssicherheit auf Dauer garantieren. Schon bei Hobbes geht es allerdings nicht nur um *Sicherheit*, sondern ausdrücklich auch um *Wohlergehen*. Seine Analyse ist in Zeiten der Wohlfahrtsstaatsbürgerschaft und des modernen Sicherheitsdenkens insofern aktuell geblieben, als die weit über Hobbes hinaus entwickelten modernen Staatsgesellschaften in gewisser Weise die Bürgergesellschaft und deren Verständnis des Politischen in sich aufgesogen haben. Daher ist an bestimmten Punkten die anarchisch-schöpferische Bürgergesellschaft wieder zu aktivieren und das partizipatorische Bürgerverständnis zu aktualisieren. Erst in der Kombination von beidem entsteht in der liberalen Moderne ein Leben in Freiheit und Sicherheit, wobei die Freiheit für die einzelnen immer auch Freiheit von Furcht meint. Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit ist in Zeiten des internationalen Terrorismus nach dem 11. 9. in Bewegung geraten. Gerade in den USA (Stichwort ‚National Patriot Act‘) ging die (vermeintliche?) Erhöhung von Sicherheit mit

¹⁶ Vgl. Thomas Hobbes, *Vom Menschen/Vom Bürger*, Hamburg 1959, S. 206 f.

einer Beschränkung von Freiheiten und Rechten einher. Dies zeigt, dass sich die Kombination beider gesellschaftlichen Primare aufgrund teilweise konträrer Implikationen für politische Entscheidungen sehr schwierig gestalten kann. Diese Diskussion erleben wir auch in Deutschland über die Sicherheitsgesetze bis hin zu den so genannten Online-Durchsuchungen.

An dieser Stelle sind Bürger und Bürgerschaften vor Ort ebenso gefordert wie der Staat, da Vertrauen der Mitbürger untereinander nur durch Bürger entstehen und aufrechterhalten werden kann: „Die politische Freiheit des Bürgers ist jene Ruhe des Gemüts, die aus dem Vertrauen erwächst, das ein jeder zu seiner Sicherheit hat. Damit man diese Freiheit hat, muss die Regierung so eingerichtet sein, dass ein Bürger den anderen nicht zu fürchten braucht.“¹⁷ Diese bürgerschaftlichen Vertrauens- und Gesprächsverhältnisse sind die vitalen Lebenswelten einer Demokratie der Bürger. Die Despotie dagegen, sagte schon Montesquieu, wird von der *Furcht* regiert – ein Prinzip, das in der Moderne durch Terror gesteigert worden ist. Dabei werden in der neueren Forschung die konsensuellen Grundlagen der modernen Diktaturen immer deutlicher, was heißt, dass sie von vielen Menschen, sei es aus Furcht, sei es aus Opportunismus, Karrieregründen oder Überzeugung unterstützt worden sind - bis hin zur Denunziation von Kollegen, Freunden und Verwandten. Die Teilhabe an der Macht muss in einer freien Demokratie auf anderen Wegen ermöglicht werden, die aus der Horizontalen von unten erwachsen. Demokratische Handlungsmacht aufzubauen und zu erhalten, ist jedoch schwierig, will man nicht nur auf die kurzen Augenblicke von Revolutionen abstellen, die „alles möglich“ erscheinen lassen. Politische Kreativität als Problemlösungshandeln orientiert sich nicht an solchen Ausnahmesituationen. Meistens geht es – zum Glück – nicht um grundlegende Fragen. Das alltägliche Zusammenleben der Menschen in der Kommune, Region, Nation, EU usw. kennt genug schwierige und kontroverse Themen. Man sollte deshalb bei der Politik als kreativem Handeln nicht immer gleich an die großen und letzten Fragen von Hobbes (*Quis judicabit?*) denken, bei denen es letztlich um Tod oder Leben geht. Das ist nicht nur eine Zuspitzung, sondern auch phänomenologisch eine Engführung und Reduktion des Politischen. Die meisten politischen Fragen sind Ermessensfragen auf verschiedenen (und immer neuen) Gebieten. Es geht stets um das *Wie* des Zusammenlebens verschiedener Menschen – in großer und kleiner Münze. Dabei ist Politik nicht dogmatisch festgelegt: außergewöhnliche Umstände können außergewöhnliche Maßnahmen erfordern.

¹⁷ Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze* 1748, Stuttgart 1994, S. 216.

Hobbes' Position, dass der Staat, wenn er nicht das Überleben der Bürger garantiert, seine Legitimität verliert, ist politiktheoretisch riskant, und zwar aus drei Gründen: Erstens ist die Problemlösungskapazität des Nationalstaates aufgrund grenzüberschreitender Risiken in einer zunehmend globalisierten Welt faktisch eingeschränkt. Zweitens kann die Bewertung von Sicherheit und ihrer Bedrohung nur subjektiv sein und ist mit erheblichen Unsicherheiten belastet (siehe zum Beispiel: Nützlichkeit versus Gefährlichkeit von Atomenergie). Drittens ist die binäre Betrachtung von Unterordnung und Widerstand zu grobschlächtig. Vielmehr empfiehlt es sich, ein abgestuftes Konzept von Widerständen zu entwickeln¹⁸, die sich an der jeweiligen Verfassungsrealität orientieren:

1. In einer *funktionierenden Demokratie* im Sinne von Rawls „fast gerechtem System“ soll der zivile Ungehorsam ein Appell zur Korrektur sein¹⁹; er tangiert weder das Gewaltmonopol des Staates noch nimmt er das Recht in die eigene Regie.
2. In einer *Demokratie im Verfall*²⁰, wobei diese Diagnose natürlich eine Frage der Urteilskraft ist, sollen Rechte und Pflichten weiterhin wahrgenommen werden, jedoch wird der zivile Widerstand geradezu zu einer moralischen Pflicht der Bürger, falls sie Bürger einer Demokratie sein wollen.
3. Im Grenzbereich zur Diktatur, auf deren Weg stets die Gewalten- und Machtteilung abgeschafft wird, werden sodann Handlungen, die sich rechtlich nicht ohne Weiteres legitimieren lassen, nötig.
4. In der Diktatur schließlich wird auch der gezielte gewalttätige Widerstand legitim und der Tyrannenmord zum Thema. Dieser Widerstand kann jedoch moralisch nicht mehr als bürgerliche Pflicht gefordert werden wie bei einer ‚Demokratie im Verfall‘, da der normale Menschen-Bürger kein Märtyrer ist und dies von ihm auch nicht verlangt werden kann.

Bei dieser Aufzählung von Kampfmitteln der Bürger in einer Demokratie verhält sich die Legitimationsbasis umgekehrt proportional zur praktischen (rechtspositivistischen) Legitimierbarkeit. Hobbes' Prämisse von der Pflicht des Staates zur Lebenserhaltung wird von der dissentierend-hobbesianischen Optik auf Seiten der Widerstandstheorie entsprechend der nicht immer offen zutage liegenden Gefährdungen, die eine Frage der politischen Urteilskraft bleiben, verfeinert, womit die schroffe Alternative der hobbesianischen Politik selber, dass es sich bei Widerständen zwangsläufig immer entweder um Rechtsfrieden und Rechtssicherheit ei-

¹⁸ Hans Saner, Widerstand in der Demokratie, in: *Studia Philosophica*, 44/1985, S. 111 ff.

¹⁹ John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main 1975.

²⁰ Hans Saner, *Identität und Widerstand*, Basel 1988.

nerseits oder Anarchie und Bürgerkrieg andererseits handeln muss, demokratiepraktisch differenzierter betrachtet wird, was Sinn und Aufgabe politischer Aufklärung ist. Dennoch bleibt hier als einziger Angelpunkt der Argumentation bzw. der Legitimierung von Widerstand die Gefährdung des Lebens einzelner Bürger oder die Aufforderung des Staates an diese Bürger, andere zu töten oder selbst getötet zu werden. Neben der ähnlichen Legitimierungsrichtung von Widerständen hegt die dissentierend-hobbesianische Perspektive auch ähnliche Erwartungen an den Staat wie Hobbes' Philosophie des Bürgers, so als ob dieser Staat in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemsituationen diesen Erwartungen noch gerecht werden kann.

3. Demokratische Toleranz

Der Toleranzgedanke der frühen Aufklärung (hier als Epoche verstanden) bestand darin, Gegensätze nicht bis zum Tod buchstäblich auszukämpfen, sondern sie durch den Bezug auf Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten erträglich zu machen. Dabei ist der Einfluss der stoischen Tradition unverkennbar. Religiöse Toleranz bedeutet noch nicht Religionsfreiheit. Sie wird in dieser Phase des aufgeklärten Absolutismus sozusagen ‚von oben‘ gewährt und hat deshalb einen hochmütigen Ton, wie Kant sagt.²¹ Die Positivierung der Religionsfreiheit als einklagbares subjektives Recht erfolgt auch in Ländern, die historisch durch die Aufklärung geprägt sind, relativ spät.²² Sie ist heute noch ein aktuelles Thema ebenso wie die ‚*Werte der Aufklärung*‘, selbst in Holland, einem Mutterland der Toleranz.²³ Die Religionsfreiheit ist eine rechtspolitische Überbietung der Toleranz. Sie kommt erst in den Grundrechten von Virginia (1776) und in der französischen Menschenrechtsdeklaration von 1789 zum Ausdruck. Durch diesen Vorgang verändert sich die Toleranz: Sie wird von einem Element religionspolitischer Aufklärung, das Bürgerkriege verhindern und Frieden stiften soll, zu einer *Verhaltenstugend der Bürger untereinander*. Diese Bedeutung der Toleranz wird mit dem Pluralismus der Weltanschauungen und Lebensstile sowie den demokratischen Auseinandersetzungsformen nicht weniger wichtig, sondern wichtiger. Die gesellschaftlichen Differenzierungsvorgänge führen zu einer Freisetzung der Individuen. Zum zivilen Umgang der Individuen untereinander gehört die Toleranz, damit individuelle Freiheiten überhaupt lebbar werden. Je mehr Freiheiten, desto mehr Differenzen, de-

²¹ Immanuel Kant, Was ist Aufklärung? (1784), Göttingen 1967, S. 60.

²² Vgl. Heinrich Lutz (Hg.), Zur Geschichte der Toleranz und Religionsfreiheit, Darmstadt 1977.

²³ Vgl. Ian Buruma, Die Grenzen der Toleranz, München 2007.

sto notwendiger wird die Toleranz.²⁴ Die Gewährung positiver Freiheit geht einher mit der Garantie der negativen Freiheit, die wiederum dauerhaft Toleranz erfordert. Historisch gesehen hat sich dieser zivile Umgang untereinander im konflikthafter Umgang der Konfessionen entwickelt. Hier liegt auch der spezifisch christliche Ursprung des Toleranzgedankens als *Offenheit*, der nicht der Religion per se zueigen ist. Die Demokratiefähigkeit von Religionen ist vielmehr ein aktuelles Problem geblieben.

Auch was das westliche Christentum angeht, gibt es eine lehrreiche positive und negative Bilanz. Positiv aktivieren lässt sich die Gottesebenbildlichkeit aller Menschen und die Würde jedes Einzelnen. Lebenswichtig sind ebenso das christliche Liebesgebot und die Brüderlichkeitsethik. Auf der negativen Seite stehen nicht zuletzt die Instrumente, die das Christentum geschaffen hat, um seine positiven Postulate durchzusetzen. Jesus erwartete das Gottesreich, was dann aber historisch kam, war eine hoch organisierte Religionsgemeinschaft in Gestalt der Kirche. Die schlimmsten Entgleisungen auf diesem Weg sind „die berüchtigte Inquisition mit der Ketzertötung, die Schwertmission und die Kreuzzüge“²⁵. Aufgrund dieser historischen Erfahrungen bleibt festzuhalten: 1. „Die Toleranzschränke ist nicht gegen den dogmatischen Absolutheitsanspruch als solchen zu erheben, sondern gegen dessen gewalttätige Durchsetzung.“ 2. „Jede Religionsgruppe hat volle Religionstoleranz zu gewähren.“ Das Wort von Paulus, dass es immer Parteiungen geben wird (1 Kor 11, 19), ist „als positive Herausforderung zu verstehen, zur Klärung der eigenen Überzeugung wie zur Bestärkung der Toleranz“²⁶. Daraus ergibt sich, dass die Religionen und Weltanschauungen aufeinander zu hören haben und voneinander lernen können: „Das Christentum wie der Islam lernten von der Antike; das mittelalterliche Christentum lernte vom Islam, der moderne Islam von der westlichen Welt, das moderne Judentum von der Aufklärung. Das muss keineswegs eine Selbstaufgabe bedeuten, ja kann zur neuen Selbstentdeckung führen. Die katholische Kirche lehnte im 19. Jahrhundert die modernen Freiheitsrechte ab und anerkennt sie heute als wesentlich christlich. Der Islam hat im Mittelalter eine eigenständige Philosophie entwickelt und Christen haben davon gelernt.“²⁷

²⁴ Vgl. Michael Walzer, *Über Toleranz*, Hamburg 1998.

²⁵ Vgl. Arnold Angenendt, *Toleranz und Gewalt. Das Christentum zwischen Bibel und Schwert*, Münster 2007, S. 587.

²⁶ A.a.O., S.591.

²⁷ A.a.O., S.591.

Die Ausrichtung auf die Demokratie, gar eine liberale Demokratie, erfolgte sowohl im Katholizismus wie im Protestantismus auf komplizierten Wegen und keineswegs linear.²⁸ Subtile Ideenpolitik im Inneren spielte dabei ebenso eine Rolle wie der reale Druck von außen, sprich vor allem der USA, die im Kalten Krieg in Bezug auf Freiheit und Demokratie stets eine offensive Ideenpolitik betrieben. Nicht der Glaube, wohl aber das religiös inspirierte politische Handeln musste eine moderate demokratische Form annehmen. Innerhalb der internen ideenpolitischen Auseinandersetzungen, die freilich immer einen Ideenvorrat voraussetzen (woran man die Relevanz der Ideengeschichte erkennen kann), konnte man darauf hinweisen, dass christlicher Glaube und Demokratie Affinitäten haben – zum Beispiel bei der Auslegung der Gleichheit der Menschen. Bei Tocqueville findet man geradezu eine ‚Zivilreligion der Gleichheit‘ bei seiner Herleitung der unwiderstehlich gewordenen demokratischen Gesellschaft, die in Absetzung zur aristokratischen Gesellschaft definiert wird.²⁹ So kam es in Europa zu einer ‚Christ-Demokratisierung‘, über die Arbeiterbewegung zum Teil sogar zu einer ‚Sozialdemokratisierung‘ des Katholizismus - ein Satz wie „Solidarität statt Kapitalismus“ stammt nicht von der marxistischen Linken. Es hat mithin eine Integration der Konfessionen in die Toleranz der Demokratie stattgefunden bei durchaus vorhandener Distanz zur liberalen Toleranz, ja sogar vorhandener Intoleranz wie etwa in der katholischen Kirche. Die liberale Bürgerreligion ist darüberhinaus - auch unter Katholiken und in katholisch geprägten Ländern, in protestantisch geprägten sowieso - inzwischen breit und vielfältig gediehen, wengleich Theologie und Kirche von der nicht fass- und organisierbaren Zivilreligion natürlich nichts halten. Aber auch im religiösen Bereich gibt es nur das Werben um Zustimmung und das Ringen um den richtigen Glauben.

Kardinaldekan Joseph Ratzinger hat beim Gottesdienst im Petersdom zur Eröffnung des Konklaves eine vielbeachtete Predigt zur Entstehung einer „Diktatur des Relativismus“ gehalten.³⁰ Die Toleranz kann natürlich diesen gefährlichen Relativismus fördern, den er als „sich treiben lassen von jedem Widerstreit der Meinungen“ beschreibt: Diese Diktatur des Relativismus anerkennt nichts als endgültig und lässt als letzten Maßstab nur „das eigene Ich und seine Wünsche“ gelten. Ihm stellt er den „klaren Glauben nach dem Credo der Kirche“ entgegen. Das Maß des wahren Humanismus ist der Sohn Gottes als wahrer Mensch.³¹ Reif wird ein Glaube, „der tief in

²⁸ Siehe z. B. Jan-Werner Müller, *Der christdemokratische Ausweg*, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 11/2008, S. 40 ff.

²⁹ Alexis de Tocqueville, *De la démocratie en Amérique* (1835/40), Paris 1981.

³⁰ Veröffentlicht von der Katholischen Nachrichten Agentur KNA am 18.04.2005.

³¹ Siehe dazu Joseph Ratzinger Benedikt XVI., *Jesus von Nazareth*, Freiburg im Breisgau 2007.

der Freundschaft mit Christus wurzelt“. Was bleibt, „ist die menschliche Seele, der von Gott für die Ewigkeit geschaffene Mensch“. Dieser starke Glaube, der gern mit dem Etikett des Fundamentalismus belegt wird, ist allerdings nicht schon politisch-religiöser Fundamentalismus, der demokratietheoretisch ein Problem wäre. Auch diesbezüglich gilt es zu unterscheiden, wie überall, womit Aufklärung beginnt. Allerdings spricht Ratzinger selbst von Fundamentalismus einerseits und Relativismus andererseits, die er einander gegenüberstellt.

Die Toleranz der Demokratie, wie wir sie bisher erörtert haben, ist weder ‚fundamentalistisch‘ (was ihr widerspräche) noch ‚relativistisch‘ (was sie zugleich über- wie unterschätzte). Sie lässt allerdings dem Widerstreit der Meinungen und tolerierbaren Differenzen Raum, den Ratzinger als ‚Diktatur des Relativismus‘ auf der jeweiligen Höhe der Zeit lediglich sehr verkürzt beschreibt. Die Toleranz der Demokratie ist aber keine Diktatur des Relativismus. Der starke Glaube findet hier ebenso Platz wie der Zweifel, der die Gewissheit voraussetzt.³² Die Demokratie ist zwar ein System ohne Wahrheit, in ihr gibt es aber ein ständiges Ringen um Wahrheit und Richtigkeit sowie insbesondere die Behauptung und Abwehr von Tatsachenwahrheiten. Das Agonale wird hier gemäß dem Bild der griechischen Polis-Demokratie als Wetteifern und Wettstreit betont. Ein System ohne Wahrheit lässt Raum für viele Wahrheiten und es kann die Wahrheit in der Schwebelassen lassen.

Aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts wissen wir, dass in gesellschaftlichen Krisensituationen, statt das Gespräch zu suchen und eine neue Krisenlösung zu finden, oft die Extreme gesiegt haben, welche zuvor die liberale und demokratische Toleranz als schwach und ihre politischen Gegner als Feinde verhöhnt haben. Das unglaubliche menschliche Leid solcher Lösungen zur Krisenbeseitigung ist bekannt und hat dazu geführt, dass Toleranz nach den Freiheitsdaten von 1945 und 1989 tatsächlich in ganz Europa erstmals in der Geschichte und gesellschaftsweit ein zentraler Wert geworden ist. Diese Erfahrungen der politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts und ihre Interpretation sind es auch, die beispielsweise den evangelischen Bischof von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, davon sprechen lassen, dass an der Spitze der Werte aus christlicher Tradition die Würde des Menschen, an zweiter Stelle die Toleranz, an dritter Stelle Freiheit und Verantwortung und an vierter Stelle die Demokratie stehen.³³

³² Ludwig Wittgenstein, Über Gewissheit, Frankfurt am Main 1970, S. 39.

³³ Vgl. Wolfgang Huber, Die jüdisch-christliche Tradition, in: Die kulturellen Werte Europas (Hg. H. Joas / K. Wiegandt), Frankfurt am Main 2005, S. 86 ff.

Diese Werte und ihre Rangfolge ergeben sich freilich keineswegs aus der christlichen Tradition als solcher oder aus dem deutschen Protestantismus. Es musste schon die einschneidende Erfahrung des Nationalsozialismus gegeben haben und ihre Konsequenzen im Schatten der Katastrophe, um die Werte derart als christliche Werte sortieren zu können. Auch die Religion ist keine Größe über der Geschichte, sie wird beeinflusst durch die Erfahrungen der Zeit und der Menschen, die sie formen.

Während die Toleranz bei Ratzinger eher den Relativismus befördert und die Wahrheit dort ist, wo die Kirche ist³⁴, wird sie bei Huber in der Vorstellung der „Toleranz Gottes“ begründet. Demnach „kennt der christliche Glaube einen *genuinen* Zugang zur Toleranz, der darin gründet, dass jeder Mensch – unabhängig von seinen subjektiven Voraussetzungen – im Wirkungshorizont der göttlichen Liebe existiert“³⁵. Dieser Gott erträgt selbst die Menschen, die sich von ihm abgewandt haben. Huber unterscheidet *drei* Ebenen der Toleranz: die persönliche, die gesellschaftliche und die politische. Die persönliche Toleranz ist überzeugte Toleranz, die aus der Gewissensfreiheit folgt; die gesellschaftliche Toleranz zielt auf wechselseitige Beachtung von Überzeugungen; die politische Toleranz schließlich schafft für die gesellschaftliche Toleranz Raum.³⁶ Ein solches mehrdimensionales Konzept von Toleranz legt ein Verhältnis von Staat und Kirche nahe, das über bloßen Laizismus hinausgeht – darin treffen sich die mächtigen Kirchenleute Ratzinger und Huber. Doch ist vom liberalen Staat Zurückhaltung gefordert: „Um dieses Verhältnis zwischen positiver Religionsfreiheit und Mäßigungsgebot geht es beispielhaft im Streit um das Kopftuch muslimischer Lehrerinnen. In einer sehr spezifischen Weise steht dabei die Zukunft der Toleranz auf dem Spiel.“³⁷ In dieser Liberalität liegt die Toleranz.

³⁴ Vgl. dazu sein Amtsschreiben als Kardinalsdekan „Dominus Jesus“ (2000) und seine Auseinandersetzung mit der spezifischen Intoleranz des biblischen Monotheismus. Vgl. dazu Jan Assmann, *Die Mosaische Unterscheidung oder der Preis des Monotheismus*, München 2003; dazu Joseph Ratzinger, *Glaube-Wahrheit-Toleranz*, Freiburg im Breisgau 2003, S. 170 ff.

³⁵ A.a.O., S. 87.

³⁶ A.a.O., S. 88.

³⁷ A.a.O., S. 88.

4. Toleranz als Zumutung

Heute bezeichnet Toleranz gesellschaftsweit ein ziviles Verhalten gegenüber jeglicher Art von Differenz: religiöser, ethnischer, kultureller, sozialer, politischer und sexueller Differenz. Diese *umfassende* Toleranz bildet den Grundstein dessen, was wir Liberalität nennen. Für diese Liberalität müssen freilich Bürger und Bürgerschaften selber eine *Zuständigkeit* entwickeln, die ein bestimmtes Politik- und Staatsverständnis einschließen. Von Staat und Politik allein kann sie nicht garantiert werden, ja wird sie sogar oft verletzt. Für eine minderheitenfähige Demokratie bleiben die Machtspiele der Politik und die Zivilisierung der Mehrheiten ein Problem. Die Meinungsfreiheit zum Beispiel ist *grundlegend* für die Demokratie, da sie die Auseinandersetzung von Meinungen überhaupt erst ermöglicht. Meinungs- und Redefreiheit muten den Beteiligten in einer liberalen Demokratie jedoch viel zu. In John Stuart Mills berühmter Schrift ‚On liberty‘ (1859) ergibt sich die Wahrheit am ehesten aus dem ständigen Meinungsstreit, wobei jede Meinung, egal wie exzentrisch sie zunächst daherkommt, wahr sein kann. Die Annäherung an die ganze Wahrheit, die aus vielen Einzelteilen besteht, muss buchstäblich erarbeitet werden. Dafür dient der offene und möglichst inklusive Meinungsstreit; er führt außerdem dazu, dass Lehrende wie Lernende auf ihren Posten nicht in Schlaf verfallen.³⁸

An dieser Stelle wird Toleranz tatsächlich zu einer Zumutung. Es ist aber von grundlegender Bedeutung für eine offene und liberale Gesellschaft, dass Meinungen (auch die abstrusesten) überhaupt artikuliert werden können (dann weiß man, woran man ist), dass man sie kennen lernt (auch rechte Parteiprogramme) und sich mit ihnen, möglichst vor Publikum, auch auseinandersetzt – und zwar nicht nur unter Gleichgesinnten. Das demokratische Sprechen geht weit darüber hinaus. Das macht das Politische schwierig und oft unbequem, worüber auch das schöne Wort ‚Streitkultur‘ nicht hinwegtäuschen kann. Aber nur so kann auf *politische Weise*, die in ‚Totalkultur‘ und ‚staatlichen Gesetzen‘ nicht aufgeht, verhindert werden, dass sich abstruse Meinungen in den Köpfen vieler festsetzen und verbreiten. Eine aufrichtige, sachliche und entschiedene Diskussion bewirkt allemal mehr als Blockaden, Strafanzeigen, Verbote usw. Ideologischer und moralischer Druck, von welcher Seite auch immer, schreckt hingegen nicht nur ab, sondern ist aufs Schärfste zu verurteilen, weil er schon im Ansatz eine solche Anstrengung noch zusätzlich erschwert oder gar verhindert.

³⁸ Vgl. John Stuart Mill, Über die Freiheit, Zweites Kapitel: Über die Freiheit des Gedankens und der Diskussion, S. 24-76, danach folgt nicht zufällig das Kapitel über die Individualität als Hauptbedingung der gesellschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1974.

Statt Gesinnungspolizei und staatlicher Aufsicht ist eine offene Debatte über alles zu riskieren.

Proteste gegen den Vortrag der CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, an der Universität Potsdam rückten schlagartig die Auseinandersetzung über Meinungs- und Redefreiheit in den Mittelpunkt des Potsdamer Toleranzedikts als Stadtgespräch. Nach der Blockade der Vortragsreihe zur „Siedlungsgeschichte der Deutschen in Ost-Mitteleuropa“ durch linksextreme Gruppen entbrannte eine Debatte über das Recht auf freie Meinungsäußerung und demokratische Streitkultur in der Stadt, in welche sich schließlich auch der Oberbürgermeister und die verschiedenen Parteien einmischten. Der Allgemeine Studierenden-Ausschuss (AStA) wies trotz seines Aufrufes zu den Protesten jede Mitverantwortung für die Eskalation von sich, bei der offenbar friedliche Proteste entgleisten. Dies nachträglich als zivilen Ungehorsam auszugeben, bedeutet eine Pervertierung des politischen Sprachgebrauchs, da Grundrechte verletzt und nicht verteidigt worden sind. Die Vollversammlung der Studierendenschaft des historischen Instituts der Universität distanzierte sich schließlich von den Protesten: 146 der 173 anwesenden Studenten forderten die Weiterführung solcher Veranstaltungen. Viele meinten, man solle sich auf jeden Fall den Vortrag anhören, gerade auch, wenn man anderer Meinung sei. Auf den Beschluss der Studenten reagierten der AStA und das Studierendenparlament mit einem gegenteiligen Beschluss.

Am 17. Juni schlug eine Gruppe Studierender Thesen unter dem Titel „Wider Eure repressive Toleranz“ an Gebäuden der Universität Potsdam an. Dies richtete sich gegen die Kritiker an den Protesten. Die Debatte um die Vorlesungsreihe mit Erika Steinbach wurde bundesweit mehrere Tage in den Medien begleitet. Es gab zahlreiche Leserbriefe in Tageszeitungen, die sich auf das Thema der Toleranz bzw. auf Fragen der Meinungs- und Redefreiheit bezogen. Die Auseinandersetzung war eine Bewährungsprobe für das Toleranzedikt. ‚Repressive Toleranz‘ war schon ein Schlüsselbegriff der 68er-Studenten, der vor allem der Denunziation des real existierenden Liberalismus diene und eigene illiberale Praktiken rechtfertigte. In Herbert Marcuses berühmtem Essay kommt der zum Schlagwort gewordene Begriff lediglich im Titel vor. Für Marcuse, den Toleranzenthusiasten, ist Toleranz im Haupttext geradezu ein „subversiver, befreiender Begriff“.³⁹ Er spricht von „befreiender Toleranz“ und „Toleranz als Selbstzweck“ – „Tole-

³⁹ Herbert Marcuse, *Repressive Toleranz*, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt am Main 1966, S. 91-128, S. 93.

ranz, die Reichweite und Inhalte der Freiheit erweiterte“.⁴⁰ Selbstverständlich spricht er auch (und vor allem) von den im Hintergrund wirkenden Beschränkungen der Toleranz, die es auch in einer liberalen Gesellschaft gibt: Liberaler Schein ist noch keine liberale Wirklichkeit. Äußerungsformen, Einstellungen und inneres Denken sind nicht immer deckungsgleich.

Oft verhindert *gerade* der politische Moralismus, welcher Urteilskraft durch Gesinnung ersetzt, solche Debatten, die zu einer lebendigen Demokratie gehören. Man will sich dem nicht aussetzen. ‚Moralisieren‘ ist jedoch (ebenso wenig wie ‚Ökonomisieren‘ oder ‚Technisieren‘) nicht ‚Politisieren‘, das den öffentlichen Raum voraussetzt: „Mut ist die früheste aller politischen Tugenden, und er gehört noch heute zu den wenigen Kardinaltugenden der Politik, weil wir in die öffentliche, uns allen gemeinsame Welt, die der eigentlich politische Raum ist, noch immer nur gelangen können, indem wir uns aus unserem privaten Dasein und der Familienzusammengehörigkeit, in welche unser Leben gebunden ist, entfernen.“⁴¹ Dabei darf nicht übersehen werden: *Politisch* wird dieser öffentliche Raum erst dann, „wenn er in einer Stadt *gesichert* ist“⁴². Eine Stadt der Bürgerschaft hat ihn für alle zu sichern. Erst wenn Gewalt oder die Drohung mit Gewalt ins Spiel kommen, setzt der starke Staat den Rahmen. Wir leben in einer *rechtsstaatlichen* Demokratie, in der nicht alles, was gut oder schlecht läuft, einfach pauschal mit Demokratie gleichgesetzt werden kann. Vielmehr sind Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat zu unterscheiden, die sich in einem komplizierten Wechselspiel und auf unterschiedlichen historischen Pfaden entwickelt haben. Das Ansehen westlicher Demokratien hängt auch davon ab, dass sie jedem Menschen *rechtsstaatliche Garantien* zukommen lassen – selbst ihren Feinden. Das hat sie historisch nicht geschwächt, sondern hat im Gegenteil die attraktive Integrationskraft einer entschiedenen Toleranz der Demokratie erhöht.

Eine liberale Anarchie der Werte gibt es nicht, wohl aber gibt es einen *objektiven Werteppluralismus*⁴³, der in der Demokratie widersprüchlich und konfliktträchtig bleibt, was in erster Linie das führende Wertepaar ‚Freiheit und Gleichheit‘ betrifft. Die Entschlossenheit im Grundsätzlichen reift indessen aufgrund historischer Erfahrungen mit Alternativen wie mit dem redlichen Eingeständnis eigener Schwächen. Dies kompensiert das Einheitsdefizit einer liberalen ergebnisoffenen Demokratie.

⁴⁰ A.a.O., S. 97.

⁴¹ Vgl. Hannah Arendt, Was ist Politik? München 2003, S. 45.

⁴² A.a.O., S. 46, Hervorhebung H. K.

⁴³ Vgl. Isaiah Berlin, Freiheit, Frankfurt am Main 1995 (engl. 1969), S. 254f.

Damit hat sich das Problem der Toleranz sozusagen von der Staatsebene auf die Ebene der Demokratie der Bürger verschoben. Sie und ihre Bürgerschaften sind es letztlich, welche die Möglichkeiten und Grenzen *gesellschaftlicher Toleranz* definieren. Dabei handelt es sich um eine qualifizierte Gesellschaftlichkeit, deren normativ-politischer Rahmen heute die verfassungsdemokratische Bürgergesellschaft ist. Wollen die Bürger groß oder klein sein? Können und wollen sie einander vertrauen? Ist der Staat schwach, wenn er die Probleme nicht für sie löst? Wollen sie den Staat nur als Delegation an die Eliten verstehen und keine Verantwortung für ihn übernehmen? Wollen sie als Wohlfahrtsstaatsbürger bloß Untertanen und Konsumenten sein? Verstehen sie sich gar nicht als Bürger, obwohl sie ständig als solche angesprochen werden? Besteht hier eine Diskrepanz? Haben sie Angst vor der Freiheit oder bringen sie den Mut zur Freiheit auf? Die Beantwortung dieser Fragen ist letztlich eine Frage des Verhältnisses von Freiheit und Politik bzw. der Verrechtlichung. Verrechtlichung und Verrechtlichungskritik hängen wiederum direkt mit dem Staatskonzept zusammen.⁴⁴ Will man den Bürger stark, so verhindert man einerseits seine Entrechtlichung und macht andererseits nicht Dinge zum Kern der Politik, für die Bürger und Bürgerinnen selbst die Verantwortung übernehmen können.

Der demokratische Verfassungsstaat ist sowohl ein Experiment der Freiheit als auch ein Experiment der Wahrheit. Will man die Bürger stark, so stärkt man ihre zivilen Tugenden durch Wissen, Einsichten und Fähigkeiten. Die Toleranz ist eine zivile Tugend, welche die Freiheit ergänzt. Das eine gibt es nicht ohne das andere. Die Toleranz der Bürger ist deshalb nicht nur ein Wert unter anderen, sondern ein *grundlegender* Wert für eine offene und freie Gesellschaft, die sich freilich auch selber zerstören kann. Die Feinde kommen dabei nicht nur von außen, sondern auch aus dem Inneren der Demokratie und der Verführungskraft ihres Populismus heraus. Die Toleranz bleibt ein Streitfeld, man könnte sogar sagen, die Toleranz der Demokratie ist ein Korrektiv zu Nationalismus und Populismus. Sie ist kein Rechtsbegriff mehr und kommt auch in den geschriebenen Verfassungen nicht vor, wohl aber in vielen Verfassungskommentaren, die sie als Voraussetzung von Freiheit und Demokratie nennen. Sie ist in der verrechtlichten Politik von heute marginalisiert und bleibt gleichwohl eine zentrale Voraussetzung der Demokratie der Bürger.

⁴⁴ Zu dieser Thematik siehe den Band: Verrechtlichung und Verantwortung, Studia Philosophica, Suppl. 13, 1987.

5. Exkurs über Potsdamer Ereignisse

Hierbei geht es genau genommen um zwei Ereignisse und eine Äußerung, die eine heftige Diskussion über Regelverletzungen ausgelöst haben. Bei den zwei Ereignissen im November 2008 handelte es sich einmal um die Räumung der Skaterhalle und zum anderen um die Besetzung der Stadtverordnetenversammlung durch Jugendliche. Am 8.11. fand eine große Demonstration von 1.500 Jugendlichen mit den bezeichnenden Losungen „Freiräume statt Schlossträume“ und „Preußen war gestern“ statt. In der gleichen Nacht protestierten rund 300 Jugendliche mit einer Party in der Skaterhalle für Räume für die Jugendkultur. Da die Party selbst in den Tageszeitungen angekündigt wurde, wussten wohl die wenigsten der Besucher, dass es sich bei der Party in der kurz zuvor geschlossenen Skaterhalle um eine rechtswidrige Aktion handelte. Anwohner beschwerten sich über die Ruhestörung, woraufhin die Potsdamer Polizei am Ort eintraf. Der Einsatzleiter sah sich sodann gezwungen, Verstärkung aus Berlin anzufordern, da Potsdamer Einsatzkräfte wegen des Castor-Transportes abgezogen worden waren. Gegen 5 Uhr morgens trafen schließlich Einsatzkräfte der 24. Polizeistaffel aus Berlin ein. Das linksalternative Spektrum stellt die anwesenden Jugendlichen als kompromissbereit dar, die Einsatzkräfte hingegen nicht. Die extreme Linke spricht sogar von einem politischen Gehalt der Polizeiaktion zur Einschüchterung der linksalternativen Szene; eine Bitte um Gefahrenabwägung sei von den Potsdamer Einsatzkräften ignoriert worden.

Das Ganze steht im Kontext der bedrohten Sozio- und Jugendkultur in Potsdam, die immer wieder Druck auf die Stadtpolitik durch Hausbesetzungen und Demonstrationen zu machen versucht. Laut Augenzeugen seien die Berliner Polizisten sehr frustriert gewesen. Eine Stellungnahme der Polizei blieb zunächst aus. Erst am 26.11. sind ausführlichere Darstellungen in der Presse zu lesen. Der Einsatzleiter habe einen Platzverweis ausgesprochen, der gewaltsam durchgesetzt wurde, was legitim sei, heißt es dort. Das linke Spektrum hingegen spricht von einer Vermengung des Einsatzes mit der allgemeinen Situation der Jugendszene in Potsdam. Der Allgemeine Studierenden-Ausschuss verurteilte ebenfalls die Aktion, das Studierendenparlament solidarisierte sich mit den Protesten. Der Misserfolg der Jugendpolitik sei der unkooperativen Stadtverwaltung geschuldet, und die eskalierende Polizeigewalt habe in Potsdam Methode. Auch der Ausländerbeirat verurteilt das unverhältnismäßige Vorgehen der Berliner Einsatzkräfte und betont, dass das Toleranzedikt an Bedeutung verliere, wenn nicht alle, die anders sind, in unserer Stadt akzeptiert werden. Das

Toleranzedikt zeigte bereits, dass sich die Jugendlichen an den Rand gedrängt fühlen⁴⁵: Die Museums- und Touristenstadt Potsdam hat in ihrer Mitte andere Prioritäten, als eine autonome Jugendkultur zu pflegen oder nur Räume zur Verfügung zu stellen. ‚Preußen-Kitsch‘ zählt mehr. Der Oberbürgermeister signalisierte schließlich Kooperationswillen: Wer kooperiere, bei dem wird auf einen Strafantrag verzichtet. Die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch blockiert den Dialog zur Aufarbeitung des Polizeieinsatzes an der Skaterhalle.

Das *zweite* Ereignis war das Eindringen von etwa 40 jungen Menschen in den Plenarsaal der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung am 12.11. Dieses Eindringen der protestierenden Vereinigung ‚Freiräume Potsdam‘ beantwortete der Oberbürgermeister mit einem Nazi-Vergleich, welcher die Darstellung einseitig machte und in der regionalen und überregionalen Presse heftig diskutiert wurde. Die Protestierenden verlangten eine Thematisierung der Freiraumproblematik und äußerten Kritik am Polizeieinsatz vom 08.11.2008. Der Sitzungsleiter Peter Schüler („Die Grünen“) betonte gegenüber den Jugendlichen, dass ein Rederecht beantragt werden müsse. Hans-Jürgen Scharfenberg („Die Linke“) entsprach der Bitte der Jugendlichen und beantragte das Rederecht, woraufhin die Jugendlichen applaudierten. Daraufhin entgegnete der Oberbürgermeister: „Ich bin nicht bereit, unter diesem Druck eine Abstimmung darüber stattfinden zu lassen.“ Er sieht die Aktion als Nötigung und Verletzung der Spielregeln der Demokratie. Das Rederecht wird schließlich durch Abstimmung erteilt, woraufhin die Jugendlichen einen Text verlesen. Die CDU-Fraktion verlässt den Saal, ebenso der Oberbürgermeister. Die Demonstranten fordern die Aufklärung des Polizeieinsatzes, neue Räume für den Spartakus und den S13-Klub in der Innenstadt, Erhaltung des ‚Archivs‘ und ‚La Datscha‘, langfristige und bezahlbare Verträge für bestehende Projekte sowie ausreichende Räume und Flächen für die verschiedenen Jugendszenen und bezahlbare Mieten in Potsdam.

Auf der einen Seite wird das Verhalten der SPD und der CDU als unangemessen kritisiert. Die Aktion sei spontan und friedlich gewesen, und die Stadt sei verpflichtet, auf die Belange der Jugendlichen einzugehen. Seien die Wege der Demokratie ausgetreten, müssen neue Wege gefunden werden: Die Aktion sei „gelebte Demokratie“ gewesen.⁴⁶ Auf der anderen Seite äußerte der Oberbürgermeister, er würde auch nicht davor zurückschrecken, die Polizei zu holen: „Die Nazis haben auf diese Art und

⁴⁵ Siehe Potsdamer Toleranzedikt, S. 44.

⁴⁶ So die Initiative ‚Alternative Jugendkultur Potsdam‘ (AJKP), 14. 11. 2008.

Weise Parlamentarier eingeschüchtert. Das sind schon dieselben Methoden.“ Das Präsidium der Stadtverordnetenversammlung sagte, es dürfe kein zweites Mal passieren, die Stadtverordnetenversammlung zu nötigen. Der Sitzungsleiter formulierte: „Sie fordern das Rederecht ein, aber wollen nicht zuhören!“. Das Rederecht hätte beantragt werden können, die Regularien sind bekannt.

Potsdam tritt jedoch vor allem über den Nazi-Vergleich. Der Oberbürgermeister verteidigte sich, er räumte aber auch ein, man müsse näher heran an die Bedürfnisse der Jugendlichen, es gebe zum Beispiel einen Verdrängungsprozess der Jugendkultur aus der Schiffbauergasse. Besonders ‚Die Linke‘ kritisiert Jakobs wegen seines Nazi-Vergleichs und fordert eine Entschuldigung. Jakobs entschuldigte sich nicht, bedauerte indessen den Nazi-Vergleich: „Wenn sich die Betroffenen mit Nazis gleichgesetzt fühlen, würde ich das bedauern. So war es ausdrücklich nicht gemeint.“ Auf der anderen Seite forderten Leserschriften in der PNN ‚Die Linke‘ dazu auf, sich für ihr mangelhaftes Demokratieverständnis zu entschuldigen. So ging es hin und her. Der AStA der Uni Potsdam wiederum warf dem Oberbürgermeister „Lücken im Demokratieverständnis“ vor: Eine Besetzung des Parlaments habe nicht stattgefunden, das Rederecht sei nicht erzwungen worden, sondern durch einen positiv beschiedenen Antrag erteilt worden. Der Fraktionschef der SPD, Mike Schubert, hebt seinerseits hervor, eine Gleichstellung mit den Nazis habe der Oberbürgermeister nicht angestrebt: „Hätte er extremistisch gesagt, würde er hier und heute als großer Demokrat gefeiert.“

Die Ereignisse sowie ihre unterschiedlichen Wahrnehmungen und Interpretationen zeigen, dass Demokratie Proteste zulässt und nicht ausschließt, aber auch ein Regelbewusstsein, das oft erst gelernt werden muss, erfordert. Das gilt für alle, und es gilt selbstverständlich auch für die Polizei und jeden einzelnen Polizisten. Abgesehen von der fehlenden Aufklärung des nächtlichen Polizeieinsatzes, abgesehen auch von einer unverhältnismäßigen Reaktion auf eine Ordnungswidrigkeit, kann man von einer doppelten Regelverletzung in den vorliegenden Fällen sprechen. Die eine spielte sich auf der Ebene des Verhaltens ab, was schwerwiegender ist (die Parlamentsstörung), die andere auf der Diskursebene (der Nazi-Vergleich). Nicht umsonst werden Parlamente durch Bannmeilen geschützt: Parlamente (auf jeder Ebene) gilt es heute als Orte der Demokratie erst recht aufzuwerten und zu stärken. Rederecht ist ohne Nötigung zu beantragen. Das ist nicht „langweilig“, wie jugendliche Revoluzzer finden mögen, sondern notwendig. Der Redner darf sich nicht ver mummen; Rede und Gegenrede gehören zusammen; dies alles spielt sich in einem Rah-

men ab, der Zeit lässt und weder Behinderungen noch ideologischen oder psychologischen Druck erzeugen darf. Dieses Setting und die Verfahren *ermöglichen* erst die Toleranz der Demokratie. Sie zu zerstören, kann nicht toleriert werden, sondern verlangt Widerspruch.

Die Grenzziehung des Oberbürgermeisters wollte dazu beitragen. Ob ihr das gelungen ist, ist eine andere Frage. Sie kann ebenso als zweite Grenzverletzung thematisiert werden. Diese Grenzverletzung vollzieht sich auf der Diskursebene und bezieht sich auf den Nazi-Vorwurf: Wer ihn erhebt, muss sich über heftige Reaktionen (darunter auch zustimmende) nicht wundern. Sie dient dem Zweck – ob angemessen oder nicht –, die erste Grenzverletzung zu dramatisieren. In diesem konkreten Fall erschwert sie einen Dialog, der ohnehin schon steckengeblieben ist, und vergiftet eine Auseinandersetzung um Freiräume und Schlossträume, die zentral ist für die weitere Stadtentwicklung. Dabei geht es nicht um weniger als um „*unsere Stadt*“ als *gemeinsamem Handlungsraum* auch für die Jugendlichen. Sie sollte man ebenso ernst nehmen wie die Sehnsucht vieler Potsdamer nach der alten Stadt, nachdem soviel zerstört worden ist. Diesbezüglich sind wir noch weit entfernt von einer offenen und toleranten Stadt der Bürgerschaft, die sich im schwierigen Planungsverfahren zur alten neuen Mitte, die mehr umfasst als das Stadtschloss, noch bewähren muss. Immerhin hat Potsdam ein ‚Stadtforum‘, das hat nicht jede Stadt. Es wäre zu überlegen, dieses *Stadtforum* gerade bei der Diskussion um die historische Mitte zu einem *Forum der ganzen Stadt* zu machen.

6. Demokratie als multiples Regelsystem

Demokratie ist in erster Linie ein System von Regeln, in denen sich Aufklärungsideen wie Mündigkeit und Gleichheit realisieren: „Der Kampf um die Ideale hat die Regeln hervorgebracht.“⁴⁷ Der ‚sens commun‘ oder ‚common sense‘ der (französischen und englischen) Aufklärung, der potentiell zunächst ‚jedermann‘ und jeder Frau zukommt, welcher Schicht auch immer, ist demokratisch. Mit ihm lässt sich an einer demokratischen Gesellschaft arbeiten. Demokratie kann als größtmögliche Selbstbestimmung unter Bedingungen politischer Gleichheit definiert werden, die freilich erkämpft werden muss. Einbeziehende Bürgerschaftspolitik ist deshalb eine Voraussetzung für die demokratische Politik einer Bürgerschaft. Dazu gehören auch alte und neue soziale Fragen als Bedingungen von Bürgerschaft (Reziprozität, Leistungsgerechtigkeit, Chance der Bildung und des Aufstiegs, Grundeinkommen). *Erweiterte* Bürgerschaft bedeutet heute zudem, Kinder, Jugendliche und Nicht-Deutsche einzubeziehen. Bürgerschaft ist darüber hinaus im heutigen Europa komplex, das heißt: sie ist zusammengesetzt, da sie sich auf mehrere Ebenen gleichzeitig bezieht: Kommune, Region, Nation und Europa. Diese Ebenen müssen aber *Orte* der Demokratie bleiben, was im Zeitalter der Globalisierung leichter gesagt ist als getan. Nicht alle problematischen Entwicklungen sind jedoch auf *die* Globalisierung zurückzuführen, deren Begriff zu pauschal verwendet wird. Der aus der katholischen Sozialphilosophie stammende Gedanke der *Subsidiarität*, wonach stets die kleinere Einheit den Vorrang hat, sofern sie es vermag oder dazu instandgesetzt wird, ist zum Beispiel ein *demokratischer Gedanke*. Man kann politische Großorganisationen wie die EU auch daran messen, wie ernst sie es damit meinen. Für die Orte der Demokratie ist es entscheidend, was für welche Gegenstände die richtige Kompetenzebene ist, was natürlich immer auch eine Machtfrage ist. Bürgerschaft und Demokratie funktionieren in der *Realität* für die meisten Menschen nur in Verbindung mit einer pragmatischen *Vision von Bürgerschaft und Demokratie*, die durchgesetzt werden muss.

Wir sehen also, dass die moderne Demokratie nichts Einfaches ist. Zivile Demokratie ist als (Verfassungs- und Grundrechte-)Demokratie nicht auf *einer* Doktrin begründet. Sie ist komplex, aber nicht kompliziert. Sie ist – insbesondere als liberale und direkte Demokratie – ein Risiko, aber keine Gefahr. Demokratie ist eine Lösung, die viele Probleme stellt. Im Zusammenhang mit der Globalisierung, Europäisierung und Regionalisierung,

⁴⁷ Vgl. Norberto Bobbio, *Die Zukunft der Demokratie*, Berlin 1988 (ital. 1984), S. 33.

die zusammengehörige Tendenzen sind, stellen sich zudem neue Fragen. Es gibt eine *regierende* Demokratie, die freilich – wie schon betont – ihre Orte haben muss, an denen sich so etwas wie Bürgerschaft erst bilden kann – was nicht mit Bürgertum (als sozialer Schicht) oder Bürgerlichkeit (als kulturellem Habitus) zu verwechseln ist. Und es gibt eine *regierte* Demokratie, die mit ihrem System von Regeln zu Beschlüssen kommen muss. Dass Demokratie regierbar bleiben muss, erwarten auch ihre Bürger; Politik kann folglich nicht nicht-entscheiden. Demokratie hat deshalb sowohl eine horizontale als auch eine vertikale Achse.⁴⁸ Auf der horizontalen Achse bestimmt die jeweilige Bürgerschaft die Politik, wobei wir Bürger mit Aristoteles als jemanden definieren⁴⁹, der einerseits nach Möglichkeit mitregiert und sich andererseits durch vernünftige Repräsentation auch regieren lässt, was eine gemäßigte Regierungsform, welche die Freiheit schützt, voraussetzt. Somit verbindet demokratische Regierbarkeit, wie konflikthaft auch immer, die horizontale Diskussions- und Beratungsachse mit der vertikalen Entscheidungsachse. Ein partizipatorisches Bürgerverständnis schließt die Problematik der Staatsform und des Regierens nicht aus, sondern ein. Reelle Demokratie ist folglich, etymologisch korrekt, nicht nur ein Beteiligungsversprechen, sondern auch eine gemäßigte Regierungsform, die ein liberales Partizipationsverständnis ermutigt. Beides schließt sich innerhalb eines kämpferischen Liberalismus, der in Ostdeutschland ein Erbe der Bürgerrechtsbewegung ist, nicht aus. Allerdings war und ist dieser eine Sache von Einzelnen geblieben.

Seit Mitte der 90er Jahre wird das Potential der neuen Online-Medien von allen politischen Lagern enthusiastisch begrüßt. Das Internet wird zum Utopieträger. Es scheint Enzensbergers Bedingungen für einen neuen emanzipatorischen Mediengebrauch einzulösen⁵⁰, denn Informationen sind nun jederzeit und weltweit verfügbar und ohne großen Aufwand aktualisierbar. Die Kapazitäten des Mediums scheinen unlimitiert. Alte demokratierelevante Forderungen an die Medien, die als Utopien abgetan worden sind, scheinen nun plötzlich wieder realisierbar.⁵¹ Sie beziehen sich auf die Distribution (die Utopie der gleichlangen Spieße), die Deliberation (die Utopie des rationalen Diskurses) und die Partizipation (die Utopie des

⁴⁸ Diese sinnvollen analytischen Unterscheidungen stammen von Giovanni Sartori, *Demokratiethorie*, Darmstadt 1992. Sartori verfolgt allerdings einen stark elitenorientierten Ansatz, er unterschätzt zudem die Instrumente und Verfahren moderner direkter Demokratie und er beschäftigt sich nicht mit sozialer Demokratie.

⁴⁹ Aristoteles, *Politik*, 2 Bde., Berlin 1991.

⁵⁰ Vgl. Hans Magnus Enzensberger, *Baukasten zu einer Theorie der Medien*, in: *Kursbuch 20/1970*, S. 159-186.

⁵¹ Vgl. Andreas Bucher, *Neue Medien und transnationale Demokratie*, Münster/Hamburg/London 2009.

interessierten Bürgers). Allerdings gibt es auch die Kehrseiten der unlimitierten Distributionskanäle im Internet. Immer wieder wirkt das Vorbild der Polis-Demokratie irreführend, denn die moderne Netzgemeinde gleicht keinem antiken Marktplatz. Die praktische Umsetzung zum Beispiel der deliberativen Möglichkeiten des Internets hängt vom jeweiligen Niveau der herkömmlichen demokratischen Beteiligung ab. Die Nachfrageseite der Bürger spielt eine große Rolle. Den innovativen Gebrauch der neuen Medien stellte der neue US-Präsident Barack Obama eindrücklich im Wahlkampf 2008 unter Beweis. Er schaffte es, eine massenhafte Unterstützer-Bewegung zu initiieren, die insbesondere durch die direkte Einbeziehung in seine Kampagne und die Bedienung der neuen multimedialen Medien zustande kam. Die Unterstützer konnten sich über das Internet mit anderen Menschen in ihrer Umgebung direkt vernetzen, Ideen einbringen und diskutieren. Sie konnten eigene nicht vorgegebene Aktionen starten und wurden stets als erste über Neuigkeiten direkt vom Kandidaten unterrichtet.

Vor einem technologischen Determinismus ist aber zu warnen, denn allein die Verfügbarkeit eines neuen Mediums lässt noch nicht politisches Interesse und politische Aktivität entstehen. Zudem ist die öffentliche Meinung immer mehr als nur die Summe von Privatmeinungen. Also spielt die Selektionsarbeit der Medienschaffenden weiterhin eine große Rolle, weil sie Überschaubarkeit schafft und die Komplexität auf ein erträgliches Maß reduziert. Damit konfrontiert sie die Leser mit einer Reihe von Meinungen und präsentiert ihnen Themen, die sie selber auswählen können. Im Internet, wo alle Adressaten gleichwertig sind, ist der Aufwand zur Schaffung von massenmedialer Öffentlichkeit besonders groß. Die alten und neuen Medien sind aufeinander angewiesen, um die Grundbedürfnisse der heutigen Konsumenten befriedigen zu können. Überhaupt stellt sich heute die Frage, wie Wissen noch kompetent organisiert werden kann, was die Enzyklopädien der Aufklärung im 18. Jahrhundert versucht haben. Das Online-Lexikon Wikipedia ist dafür kein Ersatz.

7. Demokratie ohne Wahrheits- und Machtmonopol

Demokratie ist nicht nur ein System von Regeln, sondern auch ein System ohne Wahrheit. Den Anspruch, im Namen der Wahrheit zu herrschen, kann die Demokratie nicht tolerieren. Demokratie bindet die Politik nicht an die normative Wahrheit (v.a. von Ideologien), was nicht heißt, dass Wahrheit, insbesondere die Tatsachenwahrheit in der demokratischen Politik keine Rolle spielt. Die *Tatsachenwahrheit* gewinnt in der Politik sogar eine eminent wichtige Rolle⁵², da sie Voraussetzung für die *Meinung* ist, die Unterstützung oder Nichtunterstützung bedeutet und nicht einfach Gehorsam, mit dem sich ‚Untertanen‘ gerne aus den Affären der Geschichte ziehen. Der Prozess der Meinungsbildung schließt mit revisionsfähigen Urteilen ab. Die Ausbildung der Urteilskraft und das Gespräch mit Anderen sind dabei unerlässlich, weil das Zusammenleben in der Demokratie per definitionem die *Vielen* ‚nicht-herrschaftlich‘ einbezieht. Die Demokratie ist eine „egalitäre Ordnung des Überzeugens“ (Arendt), weswegen die Einbeziehung der Vielen, das demokratische Sprechen⁵³, der Kontakt mit anderen Menschen, die Gesprächsfähigkeit über die verschiedenen Stadtteile und gesellschaftlichen Kräfte hinweg einer *besonderen Anstrengung* bedürfen, nicht nur von Politikern, die das Gespräch suchen und ihre Rollen verändern müssen, sondern von der ganzen (heterogenen) Bürgerschaft. Verblüffend ist allerdings immer wieder, welche Abwehrhaltungen die Menschen gegen die Konstatierung von Tatsachenwahrheiten entwickeln: „Es ist nicht schwer, sich das Schicksal von Tatsachenwahrheiten auszumalen, wenn Machtinteressen nationaler oder sozialer Art das letzte Wort über sie haben sollten.“⁵⁴

Das Problem dabei ist weniger die ‚Banalität des Bösen‘⁵⁵ als die Banalität der Dummheit. Verurteilen ist einfach und geschieht oft schnell, Urteilen hingegen ist oft mühsam und schwierig: Man muss sich auf die Phänomene und Probleme *einlassen*, sich *informieren* und das *Gespräch* suchen. Darin bildet sich die Urteilskraft. Kant definiert Dummheit als Mangel an

⁵² Vgl. Hannah Arendt, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*, München 1994.

⁵³ Dem widerspricht z.B., dass bei einem Volksbegehren (wie z.B. gegen neue Tagebaue für Braunkohle Oktober 2008 bis 9. Februar 2009) das Sammeln von Unterschriften nicht auf der Straße durch Gespräche möglich ist, sondern sich die Bürger auf den Ämtern einfinden müssen. Deshalb ist im Flächenland Brandenburg noch kein Volksbegehren, welches 80.000 Stimmen benötigt, erfolgreich gewesen - trotz guter Kampagne. Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid sind die drei Stufen direkter Demokratie. In dieser Beziehung ist Brandenburg, wie alle neuen Bundesländer, noch ein demokratisches Entwicklungsland.

⁵⁴ Vgl. Hannah Arendt, *Zwischen Vergangenheit und Zukunft*, S. 340.

⁵⁵ Vgl. Hannah Arendt, *Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen*, München, 1986 (1964).

Urteilkraft: „Ein Arzt daher, ein Richter, oder ein Staatskundiger, kann viel schöne pathologische, juristische oder politische Regeln im Kopfe haben, in dem Grad, daß er selbst darin gründlicher Lehrer werden kann, und wird dennoch in der Anwendung derselben leicht verstoßen, entweder, weil es ihm an natürlicher Urteilkraft (obgleich nicht am Verstande) mangelt, und er zwar das Allgemeine in abstracto einsehen, aber ob ein Fall in concreto darunter gehöre, nicht unterscheiden kann, oder auch darum, weil er nicht genug durch Beispiele und wirkliche Geschäfte zu diesem Urteile abgerichtet worden. Dieses ist auch der einzige und große *Nutzen der Beispiele: daß sie die Urteilkraft schärfen.*“⁵⁶ Die entscheidende Frage für demokratische Politik, die potentiell alle einbezieht, ist also, wie Menschen urteilen können und was sie dazu befähigt. Die Banalität der Dummheit von uns allen hat im Wesentlichen zwei Gründe: Willensschwäche und kognitive Schwäche. Denn erstens fehlt uns oft die Kraft, sich für etwas außerhalb des persönlichen Horizontes zu interessieren, die erweiterte Denkart; und zweitens finden wir nicht ohne weiteres den Zugang zu den Tatsachen und einen intersubjektiven Austausch darüber.

Die Unfreiheit des ‚realen Sozialismus‘ war eine Konsequenz politisierter Wahrheitsansprüche. Der Weg, die Wahrheit zum Beispiel eines Buches wie „Dialektik ohne Dogma“ (1964) von Robert Havemann zur Geltung zu bringen, konnte nicht über eine liberale Erklärung der politischen Unverbindlichkeit dieser Geltung erfolgen. Der Marxismus-Leninismus war allmächtig, weil er als wahr deklariert wurde. Seine Wahrheit war indes eine reine Machtfrage und blieb Fassade, die schnell in sich zusammenfiel, als die Diktatur gestürzt war. *Politik* für diese ideologische Fassade mit ihren erkennbaren dogmatischen Verlegenheiten gab es bis zum Überdruß, *politisch* aber konnten die Menschen nicht sein, da ihnen dazu die Freiheit fehlte. Dass die Vielen politisch sein können, ist wiederum der tiefere Sinn der Demokratie: Von dieser Teilhabe am Politischen, das heißt politisieren und mitbestimmen zu können, wird sie letztlich getragen, was auch das jeweilige ‚System der Politik‘ oder ‚Politik als System‘⁵⁷ einbezieht und relativiert. Der Ansatz der funktionalen Differenzierung folgt einer klar geschnittenen Separierung des Politischen, das indessen nicht so eindeutig und unumstritten einer „abgrenzbaren“ Sphäre mit eigenem Code zuzuordnen ist. Diese Zuordnung entspricht eher dem Wunsch einer technokratischen Moderne, die eine enorme Dynamik angenommen hat, welche bestenfalls

⁵⁶ Immanuel Kant, Kritik der reinen Vernunft, Hamburg 1956, B173, Hervorhebung H.K..

⁵⁷ Vgl. dazu Niklas Luhmann, Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat, München 1981; ders., Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000; vgl. auch die Luhmann-Festschrift: Die Verwaltung des politischen Systems, (Hg.) Klaus Dammann u.a., Opladen 1994.

noch gut verwaltet werden kann (Politik als Verwaltung). Demgegenüber lassen sich in einer toleranten Demokratie Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Kräften und Bereichen nicht stillstellen, wenngleich es Entwicklungen gibt, wie sie von der Systemtheorie dargestellt werden. Symptomatisch ist indessen, dass die Systemtheorie nicht nur einen stark reduzierten Demokratiebegriff hat⁵⁸, sondern eigentlich auch keinen Platz für das, was wir als Toleranz der Demokratie, der eine eigene Unruhe innewohnt, beschrieben haben. Von daher ist auch kein Verständnis der Geschichte möglich.

Auch demokratisch gefasste Beschlüsse sind nie *die* Wahrheit: Ich habe sie als Bürger zwar zu akzeptieren, aber nicht als Wahrheit. Stattdessen gelten gleich mehrere Regeln: die Mehrheitsregel als Dezisionsregel, das Wechselspiel von Regierung und Opposition an der Spitze, die Möglichkeit wechselnder Mehrheiten und Koalitionen sowie der friedliche Machtwechsel. Auch die demokratische Regierung beruht auf Meinung (Madison), sie ist Regierung durch Diskussion. Freie Menschen haben daran Anteil, wenn sie wollen; Politik und Regierung in der Demokratie können deshalb nicht mit *Herrschaft* gleichgesetzt werden.⁵⁹ Am Ende der Debatte werden jeweils die Stimmen gezählt und nicht die Wahrheit. Das bedeutet indes nicht das definitive Ende der Debatte, wofür Opposition und liberale Öffentlichkeit sorgen. Auf der meinungsbildenden Diskussionsachse müssen indessen Kommunikation, Diskurs und Verständigung heute deshalb so betont werden, weil wir in der modernen wissenschaftlich-technischen Zivilisation die Wahrheit nur noch fallibel kennen (was die Toleranz fördert⁶⁰) und Problemlösungen schwieriger werden (was die experimentelle Toleranz voraussetzt). Bei jeder Problemlösung wissen wir schon im Vorhinein um ihre Probleme. Unser Wissen ist größtenteils hypothetisch und fragmentarisch, weswegen Robert Spaemann zurecht von einer fragilen „hypothetischen Zivilisation“ gesprochen hat. Was kann *politische Theorie* dagegen aufbringen? Nur die Eklektik politischer Aufklärung, das heißt: die Transferierbarkeit von historischen Erfahrungen, die Integration von verschiedenartigem Wissen sowie die Verbindung zur lebensweltlichen Verständigung der Bürger, welche freilich von einer bürgerschaftszentrierten politischen Theorie gesucht und gepflegt werden muss. Gerade die Demokratie, welche die gesamte Bürgerschaft einbezieht, ist auf Letzteres angewiesen.

⁵⁸ Vgl. Niklas Luhmann, *Die Zukunft der Demokratie*, in: *Der Traum der Vernunft*, Neuwied 1986, S. 207-217.

⁵⁹ Vgl. Hannah Arendt, *Philosophie und Politik*, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Nr. 2/1993, S. 399.

⁶⁰ Dem liegt eine fallibilistische Erkenntnistheorie zugrunde, die Wahrheit nicht mit Gewissheit verbindet. Vgl. Julian Nida-Rümelin, *Demokratie und Wahrheit*, München 2006, S. 45f.

Nicht nur wegen der zunehmenden Differenzen, sondern auch wegen der zunehmenden Fehleranfälligkeit des Wissens ist Toleranz heute mehr denn je gefordert. Ja, man kann sogar sagen: Sie wird bei einer „Dialektik der Verwissenschaftlichung“⁶¹ permanent strapaziert. Selbst die funktionale Systemtheorie, welche die ‚System–ist–System-Logik‘ pflegt, muss inzwischen eine *Politik der Verständigungen* konstatieren.⁶² Unter dem heutigen Problemdruck führt der Weg von der Autorität des Wissens und der Macht zu den Verständigungen: „Verständigungen sind ausgehandelte Provisorien, auf die man sich eine zeitlang berufen kann. Sie besagen weder Konsens, noch bilden sie vernünftige oder auch nur richtige Problemlösungen. Sie fixieren nur dem Streit entzogene Bezugspunkte für weitere Kontroversen, an denen sich Koalitionen und Gegnerschaften neu formieren können. Gegenüber jeder Inanspruchnahme von Autorität haben Verständigungen einen großen Vorteil: sie können nicht diskreditiert werden, sie müssen nur immer wieder neu ausgehandelt werden. Ihr Wert nimmt mit dem Alter nicht zu, sondern ab. Und auch das lässt ahnen, dass das eigentliche Problem der Moderne in der Zeitdimension liegt.“⁶³ Was heißt das? Kommt von hier, der beschleunigten Zeit und Anpassung, die Überforderungskrise des Selbst, der Aufklärung, der Politik? Nicht umsonst sind Umstellungs- und Anschlussfähigkeit, das ständige unter Stromstehen, zu Schlüsselwörtern unserer Zeit geworden. Sie stoßen an die Grenzen des „erschöpften Selbst“⁶⁴, das dafür den Preis zu zahlen hat – von der Nervosität zur Depression: Genug ist nicht genug.

⁶¹ Ulrich Beck, Wolfgang Bonß, Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung?, Frankfurt am Main 1989.

⁶² Niklas Luhmann, Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992.

⁶³ A.a.O., S. 139 f.

⁶⁴ Vgl. Alain Ehrenberg, Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt/N.Y. 2004.

8. Demokratie- und Toleranzschwächen

In funktionierenden Demokratien ist es gelungen, die politischen Gegensätze durch Verfahren kompromissfähig zu machen – das ist eine große zivilisatorische Leistung. Die Hegung der Gegensätze durch gewaltenteilige Neutralisierung hat eine Konflikt- und Kompromisskultur bis hin zu Formen antagonistischer Kooperation hervorgebracht, wie wir sie aus dem Bereich der Arbeitskämpfe kennen. Nur der revolutionäre Antagonismus kennt den Ausweg des Ausgleichs nicht. Beim Parteienwettbewerb in konsolidierten Demokratien von Antagonismus zu sprechen, wäre hingegen übertrieben. Es handelt sich allerdings um einen *Wettbewerb* mit strategisch-orientierter Kommunikation und bisweilen harten *Wahlkämpfen*, für die man – wie im Sport – wenigstens *Fairplay* fordern kann. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat sogar von „*Kampfsport*“ gesprochen, der allerdings verbal bleibt, aber nichtsdestoweniger Zielstrebigkeit, Durchsetzungsvermögen und Härten erfordert. Hierbei kommen die scharfen Unterschiede und unangenehmen Differenzen erst recht zum Vorschein. Die Fähigkeit des öffentlichen Überzeugens und demokratischen Sprechens darf dabei nicht in der erbarmungslosen Konkurrenz ruiniert werden, da sie gewissermaßen den Rohstoff des Politisierens bilden. Die Parteien sind „Kinder der Demokratie“ genauso wie die Berufspolitiker.⁶⁵ Dieses Rad lässt sich nicht zurückdrehen.

Die Geschichte des Parteiensystems prägte und prägt durch integrierende Konkurrenz das Gesicht einer Demokratie: Es macht einen Unterschied, ob zwei, fünf oder zwölf Parteien an der Regierung beteiligt sein können. Der erforderliche Regierungskonsens wird schwieriger, und die experimentelle Toleranz größer, wenn man wichtige Entscheidungen hinbekommen möchte – das eigentliche Geschäft des Regierens (to get things done). Die großen Volksparteien haben nach dem Zweiten Weltkrieg zur *massendemokratischen Konsolidierung* mit beigetragen, was eine oft unterschätzte Leistung ist. Für konsolidierte Demokratien wirkt es sich deshalb fatal aus, wenn Volksparteien ständig zu siegen meinen, obwohl sie ständig verlieren – an Wählern und Mitgliedern (Greenpeace hat inzwischen mehr Mitglieder als die CDU). In der dünnbesiedelten Uckermark sind zum Beispiel nur gerade 0,6 Prozent der Bevölkerung in politischen Parteien organisiert. Außerdem gehören mangelnde innerparteiliche Demokratie, eingeschränkte Meinungsfreiheit sowie die nicht immer gewährleistete Gewissensfreiheit der Abgeordneten zu einer rein machstrategisch orientierten parteienstaatlichen Demokratie, die allmählich eine Auszehrung erfährt.

⁶⁵ Vgl. Max Weber, *Politik als Beruf* (1919), Stuttgart 1992.

Die parteienstaatliche Demokratie unterscheidet sich vom repräsentativen Parlamentarismus des bürgerlichen Liberalismus.⁶⁶ Die Parteien werden in und mit der Demokratie bzw. der Demokratisierung als Politisierung (und umgekehrt) zu den eigentlichen Sprachrohren des Volkes. Sie sind es, welche die Bürger zu politisch aktionsfähigen Gruppen organisieren, wodurch sie Einfluss auf das staatliche Geschehen nehmen. Die ‚volonté générale‘ wird erst durch die Parteien gebildet, wodurch der Wille der jeweiligen Parteienmehrheit in Regierung und Parlament zum Gemeinwillen wird. Durch die Parteienfinanzierung werden die Parteien darüber hinaus staatlich und politisch noch zusätzlich privilegiert. Dies war der Weg zur heutigen *parteienstaatlichen* Massendemokratie, in der die Öffentlichkeit eine *bestimmende plebiszitäre* Rolle erhält, weswegen bezeichnenderweise von ‚Mediendemokratie‘ die Rede ist: In ihr wird öffentliche Aufmerksamkeit wichtiger als formale Macht. Nicht nur die Parteien schalten sich ein und dazwischen (die Realität der Parteien), sondern zunehmend auch die Medien der Öffentlichkeit (die Hyperrealität der Medien). Beide Realitäten multiplizieren, komplizieren und erschweren die politische Debatte bis hin zur Agonie des Realen. Die parteienstaatliche Massendemokratie ist zwar eine Demokratie im formalen Sinne geblieben (Post-Demokratie⁶⁷), sie ist aber keine zivile Massendemokratie, sondern gleicht sich faktisch eher einer ‚demokratischen Fürstenherrschaft‘⁶⁸ an. Die Fürsten von damals sind freilich die konkurrierenden Eliten von heute, deren politischer Teil sich durch Wahlen demokratisch legitimieren muss, was immer häufiger einen populistischen Effekt erzeugt: Schleichende Auszehrung der politischen Demokratie und schleichender Autoritarismus, der seine neuen Führer hervorbringt, bedingen sich.

Nach unserer Auffassung liegt der Demokratie – bei allen unterschiedlichen Formen und über die parteipolitischen Auseinandersetzungen hinaus – eine *primär verfahrensorientierte* und nicht eine primär ergebnisorientierte Philosophie zugrunde, obwohl die Demokratie als Staats- und Regierungsform zu Ergebnissen kommen muss. Soziale und politische Demokratie sind zu unterscheiden. Bei vielen (Nicht-)Demokraten hat man den Eindruck, dass sie nur dann für liberale und direkte Demokratie sind, wenn sie die gewünschten Ergebnisse erzielen. Demokratie kommt auch zu Ergebnissen, wenn sie regierbar bleiben will, *trotz* und *aufgrund* weitgehender Toleranz als Verständigungs- und Kompromissbereitschaft. Solche

⁶⁶ Siehe zum Folgenden: Gerhard Leibholz, *Strukturprobleme der modernen Demokratie* (1958/1967), Frankfurt am Main 1974, S. 94f.

⁶⁷ Colin Crouch, *Post-Democracy*, London 2004.

⁶⁸ Danilo Zolo, *Theorie der demokratischen Fürstenherrschaft*, Göttingen 1997.

Bereitschaften, die keineswegs selbstverständlich sind, bilden das Ergebnis von historischen Lernprozessen. So lässt sich zum Beispiel aufweisen, dass „das mehrheitsbildende Institut des Referendums es war, welche die plebiszitäre Demokratie in eine *Verhandlungsdemokratie*“ verwandelt hat, womit neben die *Mehrheitsentscheidung* die *Verständigung* als ein Grundmuster gesetzgeberischer Problemlösung tritt.⁶⁹ Verhandlungsdemokratisch-kooperative Strukturen sind günstige Voraussetzungen, um gemeinwohlorientierte und sozialverträgliche Lösungen zu finden.

Tocqueville spricht bezeichnenderweise oft von der „douceur“ (der Milde) der demokratischen Sitten als Bedingung politischer Demokratie.⁷⁰ Dieser Milde liegt allerdings wiederum ein gesellschaftlicher Ausgleich – eine ‚interest-mediation‘ – zugrunde. Demokratie als „*état social démocratique*“ (Tocqueville) heißt der tiefstliegende Zusammenhang zwischen sozialer und politischer Demokratie, die man gleichwohl unterscheiden muss. Nietzsche – ganz im Gegensatz zu Tocqueville – sieht die Demokratie *kritisch* als „vernaturlichtes Christentum“⁷¹. Das aristokratische Ideal hat sich dabei *entnatürlicht* (der höhere Mensch, die Romantik als Kultus der Ausnahme, das Genie usw.). Der christliche Altruismus ist für Nietzsche „der Massen-Egoismus der Schwachen, welcher errät, dass, wenn Alle für einander sorgen, jeder Einzelne am längsten erhalten bleibt“⁷². Insofern ist die Heraufkunft des Christentums nichts weiter als eine „typische Sozialisten-Lehre“⁷³: Die „Mittelmaß-Natur“ gewinnt in der Demokratie auch politisch die Macht.⁷⁴

Diese vernichtende Kritik aus aristokratischer Sicht könnte man ins Positive wenden, wenn es sich tatsächlich so verhielte und mit Christentum die positive Bilanz (die Würde aller Menschen, das Liebesgebot, die Brüderlichkeitsethik, die Zuwendung zu den Armen) gemeint wäre. Tatsächlich weisen indessen moderne parteienstaatliche Massendemokratien Züge des Machiavellismus auf, psychologisch wie politisch: Es gibt zahlreiche machtpolitische Spielräume für Machiavellisten. Dazu kommt, dass es wohl kein demokratisches Ergebnis gibt, das einfach *nur deliberativ* ist; Demokratie ist vielmehr Diskussionskultur auf niedrigerem Niveau.⁷⁵ Darauf hat man sich einzustellen – mittels Organisieren, Mobilisieren, Kampagne,

⁶⁹ Vgl. Leonhard Neidhart, Plebiszit und pluralitäre Demokratie, Bern 1970, S. 313, Hervorhebung H.K.

⁷⁰ Alexis de Tocqueville, *De la démocratie en Amérique* (1835/40), Paris 1981, z.B. im 2. Teil: S. 205ff, S. 209, S.244.

⁷¹ Friedrich Nietzsche, *Der Wille zur Macht, Versuch einer Umwertung aller Werte*, Werke Band XV, Leipzig 1901, S. 153.

⁷² A.a.O., S. 145.

⁷³ A.a.O., S. 154.

⁷⁴ A.a.O., S. 153.

⁷⁵ Michael Walzer, *Vernunft, Politik und Leidenschaft*, Frankfurt am Main 1999, S.62f.

Verhandeln, Kleinarbeit usw. Das alles, einschließlich unseres normativen Verständnisses des Politischen, das selbstständig und irreduzibel ist, setzt nun fürwahr eine *hohe Toleranz* der Demokratie voraus. Dabei können wir wieder an unsere Eingangüberlegungen anknüpfen, die dargelegt haben, dass Toleranz *mehrschichtig* ist, indem sie zwischen wichtig und unwichtig, passiv und aktiv, innen und außen unterscheiden kann. Sie ist zudem *mehrdeutig* und bedeutet sowohl *Geduld*, *Offenheit* und *Zivilisierung von Differenzen*. Bei aller notwendigen und ausbaufähigen Verständigungs- und Konsensorientierung existiert in der und durch die Demokratie die *Dauerhaftigkeit des Konflikts* nicht zuletzt aufgrund von Ungleichheiten. Deshalb besteht die *Fähigkeit* zur Toleranz, die immer wieder herausgefordert wird, darin, die *drei* genannten Bedeutungen zu vereinigen. Das ist unsere Definition im Potsdamer Toleranzedikt.⁷⁶

In diesem Zusammenhang kommen wir noch einmal auf das Demokratieverständnis in Deutschland mit besonderem Fokus auf Ostdeutschland zu sprechen, und zwar anhand einer Studie, die jüngst im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von der Universität Leipzig durchgeführt worden ist.⁷⁷ Solche Umfragen sind seit der Wende immer wieder durchgeführt, jedoch selten befriedigend interpretiert worden. Erstens: Umfragen zu einem derart komplexen Begriff wie der Demokratie sind mit großen methodischen Problemen verbunden.⁷⁸ Einerseits drückt der Begriff ein allgemeines Prinzip aus, das eine Idealvorstellung oder besser alternative Idealvorstellungen beschreibt, andererseits auf das konkrete Organisationsprinzip einzelner moderner Staaten Bezug nimmt. Es ist zu vermuten, dass die Umfrage jeweils auf Ersteres abzielt, die Befragten aber ihre Einschätzung an der zu beobachtenden Demokratiepraxis orientieren. Kritik an der faktisch kaum zu vermeidenden Diskrepanz zwischen Anspruch und Realität darf jedoch nicht gleich als Ablehnung des Prinzips an sich missverstanden werden. Die geäußerte Vermutung erhärtet sich bei der genaueren Betrachtung der Umfrageergebnisse von 2008. Auf die Frage „Was glauben Sie, wie gut funktioniert die Demokratie bei uns in Deutschland?“ äußerten zwar nur 62 Prozent der Befragten ihre Zufriedenheit (8 Prozent sehr gut, 54 Prozent gut), doch bei den kritischen Antworten (37 Prozent) muss man noch einmal unterscheiden: Nur 6 Prozent der Befragten bezeichnen sie als „schlecht“ und 31 Prozent als „weniger gut“.⁷⁹

⁷⁶ Potsdamer Toleranzedikt, S. 22.

⁷⁷ Oliver Decker, Katharina Rothe, Marliese Weißmann, Norman Geißler und Elmar Brähler, Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, Berlin 2008.

⁷⁸ Dies gilt ebenso für Umfragen über Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit.

⁷⁹ Vgl. Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008, S.9.

Die Kritik an der gegenwärtigen Demokratie ist keineswegs gleichzusetzen mit der Ablehnung der allgemeinen Prinzipien. Ein überzeugter Anhänger der direkten Demokratie als reelle Demokratie könnte in seiner Aussage zum Beispiel Kritik an den wenigen direktdemokratischen Elementen in der Bundesrepublik Deutschland äußern, die wirklich erfolgreich sind. Die Frage müsste also lauten, ob man die gegenwärtige Demokratie in eine Autokratie (bzw. Politik der starken Hand) eintauschen würde oder in eine bessere Demokratie. Die nachfolgende Frage ist schon etwas genauer: „Wenn Sie einmal an das Leben in Deutschland denken: Ist unsere Gesellschaftsordnung, so wie sie jetzt in Deutschland ist, wert, dass man dafür eintritt?“⁸⁰ Nun sind es nur noch, aber immerhin 22 Prozent, allerdings 38 Prozent Ostdeutsche, die zustimmen. Hier zeigt sich auch: Nur 53 Prozent derjenigen, die „weniger gut/schlecht“ vorher angaben, würden sie gleich als „nicht verteidigungswert“ einstufen. Selbst diese Frage, die zwar schon präziser als die vorherige formuliert ist, kann aus sehr unterschiedlichen Gründen verneint werden, je nachdem, welche Gesellschaftsordnung man bevorzugt.

Zweitens ist zu beachten, dass es verschiedene Legitimitätsdimensionen des Demokratiebegriffs gibt, auf die letztlich die Umfragen abzielen. Unterstützung entspricht dabei der zugeordneten Legitimität. Vor allem die Unterscheidung von Input- und Output-Legitimität ist hier wichtig. Ersteres bedeutet aktive und inhaltliche Partizipation und/oder dezisionistische Kontrolle, letzteres hingegen betrifft die Effektivität des politischen Systems. Die darauf folgende Frage geht auf diese letztere Problemlösungsfähigkeit ein und gibt damit ein noch differenzierteres Bild. Zunächst wird nicht zwischen „stimme eher nicht zu/überhaupt nicht zu“ unterschieden. Denn angesichts des Klimawandels, demographischer Probleme, Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit wäre „stimme eher nicht zu“ keine völlig abwegige realistische Antwort. Eine nicht notwendige, aber häufig zu beobachtende Abhängigkeit der Aussage wird mit der erwarteten Bereitstellung materieller Güter festgestellt. Diese sozialstaatliche Dimension wird von den Befragten in Ostdeutschland ganz offensichtlich mit der Demokratie als staatlichem Ordnungsprinzip verbunden. Diese Beziehung ist theoretisch jedoch keineswegs zwangsläufig. So befanden sich unter den Skeptikern der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung vor allem Anhänger von Rechtsparteien, Arbeitslose und Befragte aus Hartz-IV-Haushalten. Aus Sicht der politischen Theorie kann es nicht begrüßt werden, wenn eine Gesellschaftsform lediglich nach Maßstäben eines kurzschlüssigen Utilita-

⁸⁰ A.a.O., S.10.

asmus bewertet wird, denn dann gerät sie zur krisengefährdeten ‚Schön-Wetter-Demokratie‘ mit dünnem Boden. Eine tiefer liegende, in den Herzen und Köpfen verwurzelte demokratische Kultur, zu der politische Theorie und politische Bildung beitragen können, verhindert eine derart *einseitige* Bewertung der Demokratie, die leicht ins Wanken kommt und verführt werden kann.

Immerhin ermittelte die Studie mit ihrem ‚Blick in die Mitte‘, dass nur 5 Prozent der Befragten eine „rechtsgerichtete Diktatur“ anstreben.⁸¹ Gleichwohl ist die Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen (etwa „Deutsche seien anderen Völkern von Natur aus überlegen“ 15 Prozent)⁸² bzw. die Forderung nach einer Politik der starken Hand (15 Prozent) doch höher.⁸³ Da diese Fragen aussagekräftiger sind, verringert sich die Anzahl derjenigen, die zu einer extremen Position neigen. Es zeigt sich allerdings einmal mehr, dass komplexe Werte und Einstellungsmuster nur schwer mit standardisierten Umfragen zu erfassen sind. Es muss schon intelligente Kontrollfragen geben, und die Antworten müssen letztlich eindeutige Rückschlüsse zulassen, wenn die Studie seriös sein soll.

Drittens ist zu sagen, dass es tatsächlich ein Gefälle in der Demokratieakzeptanz zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. Wenn man verschiedene Legitimitätsdimensionen von Demokratie unterscheidet, und die Output-Dimension des gegenwärtigen politischen Systems für die Ostdeutschen untersucht, so ist angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und dem Lohngefälle diese Feststellung allerdings wenig verwunderlich, obwohl sie ständig wiederholt wird. Auch andere Problemfelder konzentrieren sich im Osten wie zum Beispiel der demographische Wandel und der Brain Drain. Was die Autoren der Studie allerdings überrascht, ist, dass nicht nur die sozial Schwachen Demokratieskepsis oder gar Demokratieresignation bis hin zur offenen Ablehnung artikulieren. Dies könnte *drei* Gründe haben: *Erstens* stimmt die Annahme, dass die Vergangenheit gern verklärt wird, dass heißt: es gibt viele Ostdeutsche, welche die DDR positiver darstellen als sie war. Dies geschieht durch Ausblendung der Mängel, vor allem die fehlende Freiheit und die materiellen Mängel, sowie die Betonung der Stärken. Letzteres betrifft insbesondere die Vollbeschäftigung, die Solidarität untereinander, die Kriminalitätsrate und die Sicherheit. *Zweitens* ist die deutsche Wiedervereinigung aus ostdeutscher Sicht mit einer westdeutschen Siegermentalität durchgeführt worden, die

⁸¹ A.a.O., S.275.

⁸² A.a.O., S.274.

⁸³ A.a.O., S.275.

historisch als nicht gerecht empfunden wurde und wird. Immerhin war die lediglich ‚nachgeholte Revolution‘ die erste *demokratische* Revolution in der deutschen Geschichte. Was das bedeutet, scheint überhaupt nicht ins Bürger- und Politikverständnis aufgenommen worden zu sein und geht leider in den gegenwärtigen Debatten unter.

Der Aspekt der Gerechtigkeit spielt auch in den Umfragen eine Rolle. Die Argumentationen, die in Ostdeutschland dazu entwickelt worden sind, laufen wie folgt: Schuld am Zweiten Weltkrieg hatten alle Deutschen, aber die Ostdeutschen mussten eine Diktatur ertragen, die sich als Erziehungsdiktatur ausgab – mit großem Misstrauen gegenüber dem Volk. Die Ostdeutschen konnten sich nicht wie die Westdeutschen – dank des Marshall-Plans und des generellen ökonomischen Aufschwungs nach dem Korea-Krieg – materiellen Reichtum ansparen, um in der Wendezeit nochmals ungerecht behandelt zu werden: der Tausch der Ostmark mit der Westmark im Verhältnis 2:1; der weitgehende Ausverkauf der ostdeutschen Wirtschaft; der Elitenwechsel im Sinne der Westdeutschen; schließlich zahlreiche kleine Entscheidungen, die viele als unnützlich, ja demütigend empfunden haben – etwa die Umbenennung der Nummern der Straßenbahnen in Berlin, die Abschaffung des grünen Pfeils, der dann wenig später als Innovation wieder neu eingeführt wurde, und anderes mehr; schließlich ist aus ostdeutscher Sicht kaum akzeptabel, dass die Löhne im öffentlichen Dienst zu Ungunsten der Ostdeutschen gestaffelt waren, obwohl westdeutsche Bürger über 40 Jahre Zeit hatten, sich erhebliches Vermögen anzusparen. Dass Frustrationen aus diesen Erfahrungen erwachsen und dies mit der gegenwärtigen Demokratie in Verbindung gesetzt wird, überrascht nicht. *Drittens* könnte man noch anführen, dass die Ostdeutschen eine ‚Systemalternative‘ kennengelernt haben und sie aus dieser Erfahrung heraus möglicherweise einem ‚neuen System‘ skeptischer gegenüber eingestellt sind als die Westdeutschen, weil sie bereits schlechte Erfahrungen mit dem ‚Sozialismus als System‘⁸⁴ gemacht haben. Demokratie ist aber kein System, was wir gegen die funktionale Systemtheorie bereits eingewandt haben (siehe Kap. 7), und der Kapitalismus kennt ebensoviele Varianten wie der Wohlfahrtsstaat.⁸⁵ Die Varianz jenseits des groben Denkens in Systemen ist groß.

⁸⁴ Ethischer Sozialismus ist demgegenüber kein System und mit liberaler Demokratie vereinbar, vgl. Helmut Holzhey (Hg.), *Ethischer Sozialismus. Zur politischen Philosophie des Neukantianismus*, Frankfurt am Main 1994.

⁸⁵ Vgl. Franz-Xaver Kaufmann, *Varianten des Wohlfahrtsstaats*, Frankfurt am Main 2003.

Wenn man dies alles berücksichtigt, so lässt sich die Hypothese formulieren, dass sich die ostdeutsche Ablehnung des ‚demokratischen Systems‘ (der BRD) auf eine erfahrungsbasierte Skepsis mit ‚politischen Systemen‘ (vor allem der DDR) und einer prinzipiellen Ungleichbehandlung im Vergleich mit westdeutschen Bürgern auf der einen Seite sowie einem hohen Anteil an schlechter Gestellten und objektiv schwierigen Problemen mit der Demographie, der Abwanderung und dem Brain Drain andererseits erklären lässt. *Erklären* heißt jedoch noch nicht *rechtfertigen*. Zur gegenwärtigen politischen Realität gehört als weitere Facette dazu, dass die Erinnerung an die demokratische Revolution und die selbstgeschaffene Verfassung in Brandenburg wach gehalten werden müssen. Diese Bezüge führten und führen zu Zugewinnen an Freiheit, die nicht einschlafen dürfen. Diese Freiheitsgewinne, die lebensweltlich bedeutsam sind, treffen mit Hilfe gesamtdeutscher Solidarität auf ein erhöhtes Wohlstands- und Wohlfahrtsniveau für die Mehrheit. Diese Umstände sind einer verordneten Gleichheit auf niedrigem Niveau allemal vorzuziehen. Im Vergleich zu früher erlebt dies auch die Mehrheit der Ostdeutschen so – bei allen situationsbedingten Problemen.

9. Bündnisse stiften

Zum Schluss seien noch einmal die drei verschiedenen Ebenen, die für die Toleranz der Demokratie von besonderer Bedeutung sind, systematisch zusammengefasst:

- Staat,
- Politik in der parteienstaatlichen Demokratie und
- verfassungsdemokratische Bürgergesellschaft.

Der Staat bzw. Justiz und Polizei stehen in erster Linie konsequent rechtsstaatlich gegen Gewalt und politischen Extremismus. Dafür benötigen sie Personal, Zeit und Präsenz – gerade in einem Flächenland wie Brandenburg. Der Staat ist aber auch der persuasive Förderer des Prozesses der Aufklärung mit Hilfe einer Politik der Toleranz. Diese Toleranz gehört keiner Partei, sie ist parteienübergreifend. Schließlich ist der zivile und reflexive Staat (der weiß, was er kann und was nicht) Ausdruck und Partner einer verfassungsdemokratischen Bürgergesellschaft, die er stützt und fördert. Wo diese selbst zivile Verantwortung tragen kann, zieht sich der regulierende Staat zurück. Andererseits gehört es nicht per se zu einer liberalen Bürgergesellschaft, dass sie einer dogmatischen Nicht-Intervention des

Staates huldigt. Zwischen einer Politik der Toleranz, die dazu beiträgt, die von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus herausgeforderte *Bürgergesellschaft* (Mehrheitsgesellschaft) zu zivilisieren, und den *zivilgesellschaftlichen Akteuren*, die dazu auffordern, für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit einzustehen, ist Raum für die *geförderte Zivilgesellschaft*, die im Auftrag der Regierung arbeitet. Deren Existenz ist zwar vom Staat finanziell abhängig, sie arbeitet indessen eigenständig. Diese Mittlerrolle, welche die Toleranz der Demokratie ausbaut und stärkt, birgt indes Stoff für Konflikte, was sich zum Beispiel an der langen Debatte um das Selbstverständnis des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, das mittlerweile sein 10-jähriges Bestehen feiert, gezeigt hat.

Bürger müssen ihre Demokratie verstehen und praktizieren können. Sie ist keine Angelegenheit der Eliten, wenngleich Eliten im Sinne von Funktions- und Positionseliten in einer modernen arbeitsteiligen Gesellschaft eine große Rolle spielen. Eine wachsende Demokratie der Bürger ist jedoch nicht nur elitengelenkt, sondern auch elitenlenkend. Hingegen ist eine wachsende Dichotomie zwischen Elite und Masse für die Entwicklung der Demokratie fatal; denn entscheidend ist nicht nur die Qualität der Eliten, sondern ebenso sehr der ‚common sense‘ der Vielen bzw. die *Qualität der zivilen Masse*. Letztere zeigte sich in den demokratischen Revolutionen von 1989. Es macht Sinn, 20 Jahre danach noch einmal den Bürgerinnen und Bürgern der „Wende“ nachzuspüren und sie sichtbar zu machen, zum Beispiel in Potsdam, wo das Jahr 2009 unter dem Motto „Stadt der Bürgerinnen und Bürger“ steht. Hier müsste das neue Potsdamer Toleranzedikt aufgenommen und weitergeführt werden, nachdem es 2008 als Stadtgespräch stattgefunden hat.

Demokratie ohne Eigenhaftung funktioniert nicht. Dies hat Folgen für das Selbstverständnis der Menschen. Die Demokratie braucht nicht nur *Orte*, sie braucht auch *Zeit* und *Wissen*. Zur Eigenhaftung gehört, dass die Menschen sich für die Demokratie so viel Zeit nehmen wie für ihre Kaufentscheidungen, denn die Konsumgesellschaft darf nicht allein triumphieren. Der Wert der Demokratie muss allerdings *erfahren* werden können. Deshalb gehört die frühe Einführung in die Demokratie etwa in der Schule zur lebenslangen Schule der Demokratie im weiteren Sinne. Niemand wird als Demokrat geboren, man *wird* Demokrat und dies niemals lupenrein: Es kommt darauf an, aus Fehlern zu lernen (siehe unsere Potsdamer Beispiele). Die Toleranz der Demokratie verlangt indessen *Spannkraft*, die nicht in der Schule gelernt werden kann, sondern in der Lebenswelt gelebt und erlebt werden muss. Die ‚Pädagogik der Demokratie‘ geht weit über

‚Demokratiepädagogik‘ hinaus. Die Demokratieresignation ist ein Problem, welches bei den Individuen beginnt; sie ist nachvollziehbar, darf aber nicht in Zynismus umkippen.

Demokratie ist nicht per se tolerant. Das heißt: Sie ist nicht unbedingt offen gegenüber Fremden und sie ist nicht immer liberal, was auch das starke Vorbild der antiken Polis-Demokratie lehrt. Kritische Beobachter haben auch schon von der ‚Diktatur des Patriotismus‘ gesprochen.⁸⁶ Nicht nur die Zivilisierung von Minderheiten, auch die Zivilisierung der Mehrheit bleibt ein Problem. Gerade eine starke Bürgerschaft kann in Krisenzeiten von innen heraus sehr schnell illiberal und fremdenfeindlich werden. Ersteres geschieht oft schleichend, letzteres meist offen und aggressiv. Zwei aktuelle Phänomene, die der genauen Untersuchung in den verschiedenen Ländern bedürfen, sind hier zu nennen: der *schleichende Autoritarismus* und der *bürgerliche Rechtspopulismus*. Wir müssen zwischen Totalitarismus und Autoritarismus unterscheiden: Der heutige Autoritarismus ist ideologisch nicht klar zu erkennen, er läuft über den Versuch eines Führers oder einer Nomenklatura, „Entscheidungen möglichst jenseits aller Kontrollen zu treffen, und dies angesichts einer grundsätzlich desinteressierten und apathischen Bevölkerung“⁸⁷. Dies geschieht allmählich und fast unbemerkt zunächst über eine Trennung der Bevölkerung in Elite und Masse. Dabei findet gleichzeitig eine Entpolitisierung der Bürger wie eine Politisierung der Nicht-Bürger statt: „In vielen Ländern können wir sehen, wie die aktuelle Popularität eines politischen Führers sich mit dem kollektiven Desinteresse an Politik verbindet. Apathie heißt nicht unbedingt, dass die Leute nicht zur Wahl gehen. Es heißt, dass sie auf eine informierte, ständige und dauerhafte Kontrolle der Verwaltung der öffentlichen Dinge verzichten.“ Dies führt letzten Endes „zum Verstummen des demokratischen Diskurses“⁸⁸.

Demgegenüber hat sich der bürgerliche Rechtspopulismus parteipolitisch organisiert und die Mitte der Gesellschaft erreicht. Er ist vom Rechtsextremismus zu unterscheiden. Die Rechtspopulisten (übrigens auch die Linkspopulisten) sind Demokraten, ja sie stilisieren sich sogar zu den *einzigen wirklichen* Demokraten, welche die Sorgen und Probleme des Volkes, die von der Regierung wie von den übrigen etablierten Parteien ignoriert werden, ernst nehmen. Der Populismus wohnt der Demokratie inne, mit ihm müssen sich alle Demokraten auseinandersetzen, wenn sie

⁸⁶ Siehe z.B. Hans Tschäni, Die Diktatur des Patriotismus, Basel 1972.

⁸⁷ Vgl. Ralf Dahrendorf, Die Krisen der Demokratie, München 2003, S.91.

⁸⁸ A.a.O., S.91f.

nicht unpolitisch werden wollen. Jede Partei zeigt ihren Populismus (z.B. im Umgang mit der ‚neuen Mitte‘). Die bürgerlichen Rechtspopulisten verfolgen allerdings eine besondere ‚Ideologie der Demokratie‘, indem sie im Widerstreit mit pluralistischen und toleranten Auffassungen von einem stilisiert-homogenen Bild des Volkes ausgehen. Beim Rechtspopulismus kommt zum anti-elitären Affekt noch ein fremdenfeindlicher Affekt hinzu.⁸⁹ Dabei spielt die Auseinandersetzung um das Verständnis von Nation eine zentrale Rolle. Es ist lehrreich, zu sehen, dass in unseren Erörterungen über die ‚Toleranz der Demokratie‘ Nationalismus und Patriotismus, der in der soziologischen Außenbetrachtung nichts anderes als Nationalismus ist⁹⁰, keine Rolle gespielt haben. Wir setzen ohnehin auf Bürgerschaftspolitik statt auf Patriotismus. Es könnte also sein, dass die *Toleranz der Demokratie* sowohl kognitiv wie praktisch ein still und hartnäckig arbeitendes Korrektiv bildet gegen die Tendenzen des Autoritarismus, Populismus und Nationalismus *in* der Demokratie.

Demokratie bedarf permanent der *Selbstaufklärung*, welche die Vielen erreichen muss. Wie kann dies geschehen? Wie hier in Ostdeutschland? Für die meisten Menschen ist Toleranz durchaus etwas Grundlegendes und Wichtiges für das alltägliche Zusammenleben, das sie auf unterschiedliche Weise erfahren. Sie können mit dem Wort etwas anfangen und verbinden mit ihm Wahrnehmung und Akzeptanz des Anderen (und von sich selber); sie wünschen sich in Verbindung mit Toleranz mehr Gesprächsfähigkeit und insbesondere die Fähigkeit zuzuhören; sie wollen außerdem gehört werden und ihre eigene Geschichte erzählen können; weiterhin verbinden sie mit Toleranz Offenheit und Freundlichkeit.⁹¹ Diese Ausweitung des Toleranzbegriffs hat Vor- und Nachteile. Man muss sehen, dass der weite Toleranzbegriff produktiv bleibt und nicht leichtfertig mit ihm umgegangen wird – bei aller Mehrdeutigkeit, die an sich kein Makel ist und anderen grundlegenden Begriffen der politischen Sprache wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Gerechtigkeit usw. ebenso eignet. Diese Mehrdeutigkeit gilt, wie wir gesehen haben, auch für die Demokratie. *Die* Demokratietheorie gibt es nicht, es gibt nur Demokratietheorien im Plural.⁹² Eine Mehrdeutigkeit, die übersichtlich bleibt und nicht zur Verworrenheit führt, ist kein Schaden – im Gegenteil, denn sie entspricht der lebensweltlichen Verständigung der Menschen, die wir in der Sozialwissenschaft und politischen Theorie nicht außer acht lassen können. Wenn wir bei unseren Definitionsversu-

⁸⁹ Vgl. Demir Skenderovic, Gianni D'Amato, *Mit dem Fremden politisieren*, Zürich 2008.

⁹⁰ Vgl. Norbert Elias, *Studien über die Deutschen*, Frankfurt am Main 1989, S. 198.

⁹¹ Vgl. Potsdamer Toleranzedikt 2008.

⁹² Siehe dazu die Übersicht von Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien*, Opladen 1997; vgl. auch David Held, *Models of Democracy*, Cambridge 1987.

chen mit der Alltagssprache in Verbindung bleiben, sind wir genau genug und redlich obendrein. Beides haben wir 2008 mit dem Toleranzedikt als Stadtgespräch versucht: Es knüpft an eine Gebrauchstheorie der Bedeutung von Toleranz an und arbeitet sie heraus.

Für den weiten Toleranzbegriff spricht, dass er Bündnisse und Allianzen bilden kann (,Tolerantes Brandenburg', ,Tolerantes Lübben', ,Tolerantes Bad Saarow', ,Tolerantes Teltow' usw.). Das ist wenig und zugleich viel. Genauso wie weich nicht schwach bedeutet, sorgt die offene und tolerante Weite für Motivation, Sammlung und Bewegung, weil viele – das zeigt auch unser Stadtgespräch – etwas Verschiedenes und möglicherweise doch Gemeinsames oder zumindest Ähnliches (was in der Praxis oft genügt) mit Toleranz assoziieren. Diese Weite eröffnet wieder Möglichkeiten der selbstbestimmten (Re-)Spezifikation, was sich an zahlreichen Projekten zeigt. *Aufklärung als praktische Philosophie* kann daran anknüpfen wie sie es anregen und reflexiv begleiten kann. Sie muss *Bündnisse stiften* können – heute mehr denn je. Die zahlreichen Projekte gilt es schließlich wieder zu verbinden. Für Potsdam heißt das: Toleranzedikt, Integrationskonzept und Charta der Vielfalt zusammenzuführen und wechselseitig zu unterstützen, damit sie in die vielfältige Stadtgesellschaft diffundieren.

Im Zentrum steht dabei die Idee der Bürgerschaft. Das ist eine politische Idee im Sinne des Zusammenlebens verschiedener Menschen und gesellschaftlicher Kräfte. Obwohl Unternehmen Organisationen mit Gewinninteresse sind und keine Individuen, können sie dennoch im Sinne einer *Stadt der Bürgerschaft als kreative Stadt* handeln, die Unterschiede setzt. Sie können sich auf verschiedenen Feldern und auf unterschiedliche Weise bürgerschaftlich engagieren. Ihr Wissen und ihre Problemwahrnehmung sind in der Stadtentwicklung gefragt. Das nützt den Unternehmen vor Ort – macht sie beliebt und bekannt – und das nützt den Orten, die mit ihren Besonderheiten im Zuge der Globalisierung nicht weniger wichtig, sondern wichtiger werden. Wir haben im Toleranzedikt zwei lehrreiche Beispiele für Unternehmen als Bürger der Stadt Potsdam: ,Oracle' an der Schiffbauergasse und ,Pro Potsdam'. Oracle steht mit seiner Selbstverpflichtung⁹³ als weltweiter Anbieter von Unternehmenssoftware für global denken, lokal handeln. Es praktiziert, wie wir selber erfahren konnten, eine offene und faire multikulturelle Unternehmenskultur, die zu Wertfragen, etwa Menschenrechtsfragen, klar Stellung bezieht. Das eine schließt das andere nicht aus, wie in der deutschen Diskussion gerne vorschnell

⁹³ Vgl. Potsdamer Toleranzedikt, S. 86.

unterstellt wird, die den ‚Multikulturalismus‘ schon scheitern sieht, bevor er überhaupt begonnen hat. Das kommunale Wohnungsunternehmen ‚Pro Potsdam‘ wird nicht nur seinem Namen gerecht, sondern auch seiner sozialen Verantwortung. Es hat den Verein ‚Soziale Stadt‘ im Haus der Kulturen und Generationen in Mitten eines Wohnquartiers im Schlaatz ins Leben gerufen.⁹⁴ Beide Unternehmen – Oracle und Pro Potsdam – haben das Toleranzedikt nicht nur von Anfang an unterstützt, sie haben es auch in ihre Unternehmen hineingetragen und in die alltägliche Arbeit aufgenommen.

Das Toleranzedikt überschneidet sich nicht nur mit der bundesweiten Unternehmensinitiative ‚Charta der Vielfalt‘, der sich in Potsdam im Rahmen des Toleranzedikts immerhin 30 Unternehmen angeschlossen haben (in Hamburg waren es 40), es überschneidet sich auch mit dem Integrationskonzept der Stadt Potsdam: Acht Arbeitsgruppen mit 75 Mitgliedern haben sich daran beteiligt, das Papier umfasst 46 Seiten. Auch hier gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte mit dem Toleranzedikt und der Charta der Vielfalt. Unternehmen können zum Beispiel nicht nur an das zentrale Handlungsfeld ‚berufliche Bildung und Arbeitsmarktintegration‘ im Integrationskonzept anschließen, sie können auch auf dem Handlungsfeld ‚sprachliche Integration‘ etwas tun; sie können darüber hinaus Beratungsangebote für Migranten nutzen. Zu allem finden sich Hinweise und Adressen im Toleranzedikt.⁹⁵ Im Integrationskonzept steht auch, dass das Asylbewerberheim Lerchensteig am Rande der Stadt zu Gunsten einer dezentralen Wohnungsunterbringung in der Stadt aufgegeben werden soll.⁹⁶ Dies wird eine weitere Bewährungsprobe des Toleranzediktes werden.

Weiterführend sind die inhaltlichen Verknüpfungen und Vertiefungen. Ein Bürgerverein ‚Potsdamer Toleranzedikt‘ könnte diesbezüglich für Kontinuität sorgen. Wenn wir auf diesem Weg, der sich von der Eventkultur unterscheidet und nicht konturschwach werden darf, etwas vorankommen, dann zeigen wir, dass die Idee der Bürgerschaft ernst genommen wird und wir zu einer wertegebundenen Politik fähig sind – nicht nur rhetorisch. Heute geht es weniger um das *Was* als um das *Wie* der Aufklärung, deren Praxis in einer Überforderungskrise steckt. Gerade weil das so ist, sollte eine hohe wechselseitige Toleranz des Zuhörens, voneinander Lernens und gemeinsamen Handelns den Rahmen für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit bilden.

⁹⁴ Vgl. Potsdamer Toleranzedikt, S. 93.

⁹⁵ Zum Beispiel auf S. 69: ‚Ausländerbeirat‘, S. 70: ‚Beratungsfachdienst für Migranten des Diakonischen Werkes‘, S. 80: ‚Internationales Zentrum für Deutsche und Immigranten‘ u.a.m.

⁹⁶ Vgl. Potsdamer Toleranzedikt, S.25f.

Über den Autor:

Heinz Kleger, Prof. Dr. phil., geb. 1952 in Zürich, Philosoph und Sozialwissenschaftler; lehrt seit 1993 Politische Theorie an der Universität Potsdam, 2004-2008 auch an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt / Oder.

Es könnte also sein, dass die Toleranz der Demokratie sowohl kognitiv wie praktisch ein still und hartnäckig arbeitendes Korrektiv bildet gegen die Tendenzen des Autoritarismus, Populismus und Nationalismus in der Demokratie.

Heute geht es weniger um das Was als um das Wie der Aufklärung, deren Praxis in einer Überforderungskrise steckt. Gerade weil das so ist, sollte eine hohe wechselseitige Toleranz des Zuhörens, voneinander Lernens und gemeinsamen Handelns den Rahmen für die kritische Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit bilden.